Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 146. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 27. März 1878.

Mehr noch als früher bei gleichem Anlaß bin Ich bei Meinem diesjährigen Geburtstage durch Beweise freudiger Theilnahme überrascht worden. Kaum übersehbar ist die Zahl der schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von allen Seiten, aus dem Reichsgebiete wie von theilweise weit entlegenen Punkten des Auslandes zugegangen sind, und ihnen hat sich wiederum eine Fülle von Angebinden der mannigfachsten Art angeschlossen, damit Ich an diesem Tage von Zeugnissen der Liebe des deutschen Volkes umgeben sei. Tief bewegt von so allgemeiner Theilnahme, fühle Ich Mich durch sie zugleich von Neuem zu freudiger Erfüllung Meiner Fürstlichen Pflichten angeregt. Ich kann nicht versuchen, die Adressen aller Gemeinden und Corporationen, die Zurufe aller Festgenossenschaften, Vereine und Patrioten einzeln zu erwidern, noch allen Einsendern von Gedichten, Blumenspenden, Kunst- nnd kunstgewerblichen Gegenständen und sonstigen Widmungen Meine Erkenntlichkeit besonders auszudrücken. Wohl aber möchte Ich öffentlich bekunden, daß ihr Zweck, Meinen Jahrestag durch Bethätigung treuer Anhänglichkeit zu verherrlichen, sich in schönster Weise erfüllt hat. In dieser Absicht beauftrage Ich Sie, durch Veröffentlichung dieses Erlasses allen jenen Glückwünschenden Meinen herzlichsten Dank zu übermitteln.

Berlin, den 25. März 1878. **Wilhelm.**

An den Reichskanzler.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

23. Sitzung vom 26. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Stephan, Hofmann und zahlreiche Commissarien, später Fürst Bismarck.

Se. Majestät der Kaiser haben am 22. d. M. die Glückwünsche des Reichstagspräsidiums huldvollst entgegen zu nehmen geruht.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe, betreffend 1) den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen; 2) die vorläufige Erstreckung des Haushaltsetats des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1877/78 auf den Monat April 1878 und die Denkschrift und Actenstücke, betr. zwei bewaffnete Angriffe auf kaiserl. Consularbeamte in Leon, Nicaragua, im Octbr. und Novbr. 1876.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Specialberathung des Etats der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung, der einer besonderen Commission zur Vorberathung überwiesen war. Zu Titel 1 der Einnahmen: Porto- und Telegraphengebühren 114 Mill. Mk., beantragt die Commission folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ungleichheiten beseitigt werden, welche gegenwärtig im internen und internationalen Verkehr in dem Tarif für Sendungen unter Band, sowie für Sendungen mit Waaren-Proben und Mustern bestehen.

Abg. Schmidt (Stettin): Auf die Einnahmen aus dem Porto wirken besonders die ermäßigten Portogebühren und es ist daher bedauerlich, daß der Weltpostverein die Länder von Mittel- und Südamerika, ferner das Kapland und Australien noch nicht in sich aufgenommen hat. Diese Erweiterung des Weltpostvereins auf alle Länder beider Hemisphären ist anzustreben. Im vorigen Jahre sind die Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren über 5 Mill. M. höher gewesen als 1876, und auch für dieses Jahr ist eine erhebliche Steigerung der Einnahmen vorauszusehen. Die Einnahmen aus den Correspondenzkarten wird sich noch heben, wenn eine besondere internationale Karte, wie sie in England bereits besteht, auch in Deutschland eingeführt sein wird.

Der in diesem Jahre in Paris zusammentretende Post-Congreß kann diese Verbrsserung beschließen und eine Einigung über die Ermäßigung resp. Aufhebung der Transitgebühren für Briefe und Telegramme, namentlich in Belgien, welches den bedeutendsten Brieftransitverkehr hat, herbeiführen. Die Einnahme aus den Telegraphengebühren hat sich seit Einführung des Worttarifs vermehrt, denn vorher gab das Reich bei jedem Telegramme ca. 20 Pf. zu. Die anderen Staaten folgen in dieser Beziehung der Initiative des Deutschen Reiches, und selbst Frankreich, welches sich dem Weltpostverein nur zögernd angeschlossen hat, hat den Worttarif in etwas anderer Form eingeführt — es hat keine Grundtaxe, wohl aber einen höheren Satz für jedes Wort als Deutschland. Für den Worttarif sind überhaupt 3 Systeme in Geltung, deren Unificirung zu erwägen sein wird. Der Worttarif will bei den Telegrammen eine Ausgleichung von Einnahme und Ausgabe erreichen; er entlastet die Drähte, indem er alles unnütze Beiwerk vermeiden läßt. Durch die Einführung der dringlichen Telegramme sind die Einnahmen ebenfalls in die Höhe gegangen. Im internationalen Verkehr ist der Tarif noch zu hoch — ein einziges Wort nach China kostet noch 15 M. Die Einnahmen der Telegraphen-Verwaltung haben sich ferner dadurch gehoben, daß außer der „Kölnischen" und „Magdeburgischen Zeitung" noch andere Blätter, wie das „Chemnitzer Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung", der „Schwäbische Merkur" unter erleichterten Bedingungen telegraphiren; die Telegraphengebührenfreiheit ist eingeschränkt, und wird nur noch für die regierenden Fürsten und deren Gemahlinnen, für die Wittwen verstorbener Fürsten, für Bundesräthe und für die Reichsbehörden aufrecht erhalten; die früheren Hecht-, Petersilien- und Theaterzetteldepeschen sind damit größtentheils in Wegfall gekommen. Die Commission hat sich, mit Ausnahme eines Mitgliedes, für den Worttarif ausgesprochen. Die Semaphorstationen an der Ost- und Nordseeküste finden beim Publikum keinen Anklang, und ist die Station in Rixthoeft bereits eingegangen.

Abg. Gensel verlangt eine Reform des Portotarifs für Band- und Mustersendungen. Eine Bandsendung von 100 Gramm koste 10 Pf., eine von 50 Gramm dagegen 3 Pf., so daß man die 100 Gramm nur zu theilen brauche, um 6 statt 10 Pf. Porto zu bezahlen, abgesehen davon, daß aus der Doppelsendung der Postverwaltung mehr Arbeit erwachse. Mustersendungen von demselben Gewicht kosteten nach Amerika, Egypten, Rußland ꝛc. nur 5 Pf., von Berlin nach Potsdam oder Luckenwalde 10 Pf.

Die Resolution, mit der sich der Generalpostmeister einverstanden erklärt, wird angenommen.

Bei Titel 10 (Einnahme aus dem Zeitungsdebit 3,300,000 Mark) weist Abg. v. Behr-Schmoldow auf die außerordentliche Zunahme hin, welche nach der vorliegenden statistischen Uebersicht der Versandt der Zeitungen erfahren hat. Die Post habe jetzt an jedem Wochentage mehr als eine Million Zeitungsnummern zu versenden, ohne daraus jedoch einen Vortheil zu ziehen. Nun sei im vorigen Jahre ein neues Tarifsystem in Aussicht gestellt worden, das mit Baiern und Würtemberg vereinbart werden sollte. Er bitte um Auskunft darüber, in welchem Stadium sich diese Reform befinde und wann sie dem Reichstage vorgelegt werden solle. Eine Aenderung auf diesem Gebiete sei dringend nothwendig. Es gebe Zeitungen, die wöchentlich mehr als einmal erscheinen und für deren Vertrieb die Post doch nicht mehr als jährlich 15 bis 40 Pfennige erhalte. Mehr als 200 bedeutende Zeitungen zahlen als Gebühr an die Postverwaltung weniger als einen Pfennig für die Versendung jedes Exemplars. Dies könne nur geschehen, wenn die Post dabei Geld zusetze.

Bei der Telegraphenverwaltung habe man den Verkehr um etwa 80 pCt. vertheuert, weil man von dem Grundsatz ausging, daß jede Depesche mindestens die Selbstkosten decken müsse; dieses Princip einer Ausgleichung von Leistung und Gegenleistung müsse auch hier maßgebend sein. Man werde dadurch gleichzeitig das wünschenswerthe Ziel erreichen, daß der Inhalt der Zeitungen mehr in die Tiefe als in die Breite gehe. Das jetzige Taxverfahren sei offenbar eine Prämie auf die Manier, möglichst viele und möglichst billige Zeitungen zu produciren. Ob es dabei möglich sei, gute Artikel zu bezahlen, erscheine ihm sehr zweifelhaft, und doch sei diese Frage von hoher Bedeutung. Bei der Bestellgebühr für Zeitungen habe man sich schon zu einem anderen Princip bekannt. Dort werde, je nachdem die Zeitungen wöchentlich zweimal, dreimal oder täglich ausgetragen werden, ein verschiedener Satz angenommen. In gleicher Weise müsse man auch beim übrigen Vertrieb der Zeitungen verfahren. Kein großes Land gewähre den Zeitungen so große Vortheile in seinem Postverkehr wie Deutschland. Niemand werde wünschen, daß dies nicht fortdauern solle; auf Kosten der Steuerzahler solche Vortheile zu gewähren, das entspreche nicht der Gerechtigkeit.

Generalpostmeister Stephan: Die erste der vom Vorredner gestellten Fragen kann ich genau beantworten. Das neue Taxsystem befindet sich in den Bureaux der betheiligten Ministerien, ohne deren Zustimmung die Postverwaltung nicht allein vorgehen kann. Die zweite Frage, wann das neue Taxsystem zur Vorlage kommen wird, kann ich nicht beantworten, da ich die dazu nöthige Prophezeiungsgabe nicht besitze. Ich bemerke übrigens dabei, daß es sich nicht um ein vollständig verändertes System handelt, sondern um einige Aenderungen, welche nach den früheren Wünschen des Hauses den Verkehr der Wochenschriften erleichtern sollen. Es war auch eine vorläufige Verständigung über diesen Gegenstand mit den Postverwaltungen von Baiern und Würtemberg erzielt. Aber gleich bei den ersten Erwägungen des hiernach ausgearbeiteten Entwurfs hat sich gezeigt, daß, da eine Ermäßigung der Gebühren im Ganzen nicht beabsichtigt wurde, eine Ermäßigung für die Wochenschriften gleichbedeutend sein würde mit einer Erhöhung für die anderen Zeitungen. Es erschien aber sehr bedenklich, in dieser Zeit auch die mit der deutschen Presse in Verbindnng stehende Industrie durch solche Maßregeln zu beunruhigen. Man muß deshalb hier einen für gesetzgeberische Acte in dieser Materie günstigeren Zeitpunkt abwarten. Im Zeitungsverkehr ist nach den mir vorliegenden Zahlen eher eine Abnahme zu bemerken, die sich aus der allgemeinen Lage der Verhältnisse erklärt. Wir sollten nach dem Etat für Zeitungen vom 1. April 1877 bis Ende Februar 1878 aus dem Zeitungsvertrieb eine Einnahme von 3,025,000 Mark haben; wir haben aber nur eine Einnahme von 2,489,842 Mark für diese 11 Monate erzielt. Die vom Vorredner erwähnte Statistik ist pro 1876.

Abg. Schröder (Friedberg) empfiehlt dringend eine Ermäßigung des Satzes von 5 auf 3 Pfennige in der ersten Zone.

General-Postmeister Stephan: Schon in der letzten Session habe ich die Geneigtheit ausgesprochen, auf eine Ermäßigung des Satzes von 5 Pfennigen Bedacht zu nehmen im geeigneten Momente, d. h. wenn die allgemeine Finanzlage eine solche Reduction, die ja im Ganzen 2 Millionen Mark Ausfall ausmacht, es gestatten sollte.

Bei Titel 6 der Ausgaben (Oberpostdirectoren, Oberposträthe, Posträthe und Postbauräthe) beantragt die Commission die Streichung der Mehrbewilligung von 18,000 M. zu Gehaltserhöhungen für die Posträthe.

General-Postmeister Stephan: Es handelt sich um die Ausgleichung einer Ungerechtigkeit. Die Posträthe wurden gleich Anfangs bei der Organisation des Postwesens schlechter gestellt, als die mit ihnen in gleichem Range stehenden Beamten anderer Ressorts. Damals, wo bei jeder Ober-Postdirection nur ein Postrath war, hatte er wenigstens Aussicht, Ober-Post-Director zu werden. Das ist inzwischen anders geworden, da jetzt bei einer Oberpostdirection oft drei bis vier Posträthe functioniren, deren Stellungen übrigens jetzt viel verantwortlicher und selbstständiger sind als früher. Jedenfalls ist es ungerecht, wenn beispielsweise der Straßburger Oberpostdirector 200 Thaler weniger Gehalt bezieht als sein jüngerer College bei der Eisenbahndirection. Es handelt sich hier lediglich um eine Nachholung dessen, was bereits vor Jahren hätte geschehen müssen und ich bitte dringend, die kleine Mehrforderung von 18,000 M. zu bewilligen.

Abg. Lingens empfiehlt Streichung der Mehrforderung, weil man die in zahlreichen Petitionen ausgesprochenen Wünsche der niederen Postbeamten um Gehaltserhöhung nicht berücksichtige und es nur böses Blut mache, wenn man die Gehälter der höheren Beamten vermehre, die der unteren aber nicht.

Abg. Möring: Wir dürfen nicht vergessen, daß der Postetat seit Jahren von keiner Commission geprüft worden ist und geschieht das nicht, so entgeht dem Einzelnen oft Vieles. Die Postverwaltung ist mit Ansprüchen bislang nicht herangetreten und der Generalpostmeister hat ja selbst erklärt, daß es sich hier um einen Act der ausgleichenden Gerechtigkeit handele, für den die Initiative von der Postverwaltung ausgehen müsse. Daß es sich um einen Act ausgleichender Gerechtigkeit handelt, ist in der Commission auch von dem Vertreter des Reichskanzleramts anerkannt worden und wenn so die Generalleitung unserer Finanzen dieselbe Ansicht hegt, so können wir wohl die 18,000 Mk. bewilligen. Wenn der Abg. Lingens meint, man wolle bei den großen Gehältern zulegen, bei den kleinen aber nicht, so ist doch zu berücksichtigen, daß die hohen Gehalte zurückständen gegen die derselben Beamtenkategorie in anderen Verwaltungszweigen. Ich bitte, die 18,000 M. zu bewilligen, umsomehr, als der Commissionsbeschluß auf Streichung nur mit schwacher Majorität gefaßt worden ist.

Ferner beantragt die Commission zu diesem Titel, den in Berlin wohnenden Post- und Telegraphen-Inspectoren einen Durchschnitts-Gehaltszuschuß von 450 Mark an Stelle des bisherigen facultativen Zuschusses bis zu 600 Mark zu gewähren und diesen Betrag, anstatt ihn auf die Besoldungsmittel anzuweisen, in Höhe von 2250 Mark regelmäßig in den Etat einzustellen.

Reichskanzleramts-Director Michaelis bemerkt, daß ein dienstliches Bedürfniß zu einer Besoldungserhöhung nicht vorliege. Die Gewährung der Mehrbesoldung wäre zudem nur auf Kosten der übrigen Beamten derselben Kategorie möglich und würde, wenn man sie consequent durchführen wollte, einen Mehrbetrag von 75,000 Mark ausmachen, welcher auf die Matricularbeiträge der Bundesstaaten zu vertheilen wäre. Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sei daher vorzuziehen.

Abg. Ackermann erklärt, daß die Commission weder eine Begünstigung der Berliner Beamten auf Kosten der anderen Beamten, noch eine Gehaltserhöhung überhaupt beabsichtige; sie wolle nur das richtige Princip zur Geltung bringen, daß die Beamten von vornherein ihr Gehalt bestimmt überblicken könnten.

Reichskanzleramts-Director Michaelis betont zunächst, daß die Verhältnisse bis jetzt in der Weise, wie die Regierungsvorlage vorschlägt, geordnet worden seien und erwidert, daß auch jetzt schon die Beamten einen richtigen Ueberblick über ihr Gehalt hätten, wenn sie sich die Durchschnittssumme selbst aus dem Etat berechneten.

Abg. Möring spricht sich ebenfalls gegen den Commissions-Antrag aus, da die Berechnung im Etat eine vollkommen gerechte und durchsichtige sei. Im Uebrigen rufe die allzu hohe Besoldung der Beamten in Berlin böses Blut bei den Beamten derjenigen Städte hervor, in welchen sich die Lebensverhältnisse gleichfalls bedeutend vertheuert hätten.

Abg. Schröder (Friedberg) findet die calculatorische Unklarheit nicht in dem Commissionsvorschlage, sondern in der Regierungsvorlage, obwohl er die Consequenzen bezüglich der Erhöhung des Etats, welche von dem Vertreter der Regierung hervorgehoben worden sind, als richtig anerkennen muß.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Zu Titel 9 beantragt die Commission folgende Resolution: den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu thun, um ohne Verletzung bereits erworbener Rechte eine Reduction und endliche Aufhebung der Militärpostämter eintreten zu lassen. Ferner beantragt die Commission hierzu, den Durchschnittgehalt der Vorsteher der Postämter erster Klasse ꝛc. anstatt auf 3550 Mark auf 50 Mark weniger zu normiren und in Consequenz des vorher zu Titel 6 angenommenen Antrages die Zuschüsse der im Titel 9 aufgeführten Beamten in Durchschnittssätzen zu normiren und auf die ordentlichen Deckungsmittel des Etats anzuweisen.

Referent Abg. Nieper beklagt zunächst die Unklarheit dieses Titels und wünscht behufs besserer Uebersichtlichkeit des Budgets die Zerlegung dieses Titels in 5 für die künftigen Etats. Die beantragte Herabminderung des Durchschnittsgehalts sei nur eine richtige Berechnung des arithmetischen Mittels aus Minimal- und Maximalgehalt. Die Militärpostämter bekämpft der Referent aus denselben Motiven, aus welchen schon im Jahre 1871 der Reichstag die Aufhebung derselben beantragt hat.

Abg. v. Behr-Schmoldow weist auf den langen Bestand der Militärpostämter als einer historischen Institution hin, welche noch den Vortheil bringe, den im Kampfe für das Vaterland verwundeten Offizieren ein anständiges Unterkommen zu gewähren und wünscht, daß das Avancement unter den verschiedenen Inhabern der Stellen nicht ausgeschlossen werden oder aber eine Verbesserung für diejenigen eintreten möge, welche die geringer dotirten Stellen bisher inne hatten.

Generalpostmeister Stephan: Die im Jahre 1871 von dem Reichstage beschlossene Resolution ist seitens der Regierung einer sorgfältigen Prüfung unterworfen worden; es haben sich jedoch keine hinreichenden Gründe finden lassen, um die alte, historische Institution der Militärpostämter abzuschaffen. Heute befindet sich die Sache noch in derselben Lage, und ich ersuche Sie deshalb, den Commissionsantrag abzulehnen.

Abg. Schröder (Friedberg) tritt ebenfalls für die Regierungsvorlage ein, indem in derselben gleichfalls das Bestreben zu erkennen sei, dem arithmetischen Mittel möglichst nahe zu kommen. Ganz und gar sei das letztere nicht zu erreichen, bevor nicht eine genaue Specificirung der betreffenden verschiedenen Beamtenklassen erfolgt sei.

Bundescommissar Major Schmitz bittet, die Militärpostämter aufrecht zu erhalten. Die Offiziere seien diesen Stellen vollauf gewachsen, und auch die Verbesserung der Pensionsverhältnisse mache diese Art der Versorgung dienstunfähiger Offiziere nicht überflüssig. Von einer Beeinträchtigung der Postbeamten könne keine Rede sein, da diese bei ihrem Eintritt in den Dienst von den einschlägigen Bestimmungen Kenntniß erlangten.

Bundescommissar Geh. Rath Lieber bittet, es auch bei dem höheren Durchschnittssatz der Gehälter für die Vorsteher der Postämter erster Klasse zu belassen, da ein Aufrücken lediglich nach der Anciennetät für diese Beamten nicht bestehe, vielmehr für die einzelnen Aemter nach Maßgabe ihrer Bedeutung erfolge.

Abg. Richter (Hagen) spricht für die Aufhebung resp. Verringerung der Militärpostämter. Die invaliden Offiziere könnten bei den Landwehrbezirks-Commandos und in ähnlichen Stellen der Militärverwaltung verwendet werden. Die Einrichtung, welche aus der Zeit Friedrich's des Großen stamme, sei nicht mehr zeitgemäß, auch entsprächen die Offiziere nicht den Anforderungen, welche hinsichtlich der Vorbereitung zum Postdienst an die anderen Beamten gestellt werden. Zudem habe das Pensionsgesetz von 1871 die Lage der Kriegsinvaliden wesentlich gebessert. Der Reichstag sei zwar bereit, für die Invaliden alles Mögliche zu thun, aber hier wiege der Schaden für die Civilverwaltung den Vortheil auf. Wenn der Reichstag heute eine andere Stellung einehmen wolle, würde er sich in Widerspruch stellen zu seinem früheren, unmittelbar nach dem Kriege gefaßten Beschluß.

Abg. v. Maltzahn-Gültz bemerkt, daß die sachlichen Gründe des Vorredners gegen die Militärpostämter sich überhaupt gegen das ganze Institut der Militäranwärter anführen lassen. Wenn es sich hier um eine Neueinrichtung handelte, so würde er diesen Ausführungen beitreten können, da es sich aber nur um die Conservirung einer bestehenden Institution handle, so müsse er sie verwerfen. Die Militärpostämter bilden übrigens nur einen verschwindenden Theil der gesammten Poststellen.

Generalpostmeister Stephan: Wenn aus den Militärpostämtern ein Schaden erwüchse für die Postverwaltung oder den Betrieb, so würde ich nicht auf dem Standpunkt stehen, den ich vertheidige. Den Ausführungen des Abg. Richter halte ich entgegen, daß der Executionsmodus der Postverwaltung in der letzten Zeit so sehr vereinfacht worden ist, daß wir eine solche Menge von Formen über den Haufen geworfen haben, daß fähige Offiziere sehr wohl für diesen Dienst geeignet erscheinen. Diese Vereinfachung ist so groß, daß ein alter Postdirector mir mit einer Art von Melancholie klagte, die Verwaltung sei jetzt gar keine Kunst mehr. Die 132 Militärpostämter schrecken auch nicht vor dem Eintritt in die Post-Carriere ab, vielmehr dienen sie, als Besitzstand der Armee dazu, den Offizieren diese Carriere zu eröffnen. Nur fähige Männer werden zudem dem Postdienst überwiesen, und an solchen Männern ist heute, bei den Anforderungen, die an die Offiziere gestellt werden, kein Mangel. Zu meiner großen Freude kann ich bekennen, daß eine große Anzahl Offiziere sich ganz vorzüglich für diese Stelle geeignet hat. Diese 132 Postämter werden in ihrer Beschränkung auf die altpreußischen Provinzen durchaus keinen Schaden anrichten.

Abg. v. Dücker empfiehlt die Ablehnung der Resolution; er habe sich überzeugt, daß die Anforderungen, welche an die in Rede stehenden Beamten gestellt würden, sehr bedeutend seien, so daß sogar einige Nachsicht besser am Platze wäre als ein zu scharfes Vorgehen.

Abg. Lingens bezeichnet eine solche Begünstigung der Militärpersonen als im Widerspruch mit der Verfassung stehend; es sei eine particulare preußische Bestimmung, die im Reiche nicht mehr gelten könne.

Das Haus tritt allen Anträgen der Commission, desgleichen der Resolution bei.

Im Titel 10 werden 120,000 M. verlangt als Zulagen für solche Post-Assistenten, welche die Postsecretärprüfung bereits abgelegt haben, aber noch nicht in Secretärstellen aufgerückt sind. Die Regierung fixirt das Maximum dieser Zulagen auf 300 M. Die Commission ist damit einverstanden, beantragt aber ferner: Die Zulagen nur den Beamten zu bewilligen, welche bei Beginn des Etatsjahres fünf Dienstjahre nach bestandenem Examen zurückgelegt haben und nicht schon das Gehalt der gleichalterigen Secretäre beziehen.

Der Generalpostmeister erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden, da dieselbe ganz den von der Verwaltung befolgten Grundsätzen entspricht und das Haus tritt ihr bei.

Titel 11 wirft 28,618,976 M. für die Postunterbeamten aus. Die Commission beantragt die unveränderte Bewilligung dieser Summe. Die Abgg. Lingens und Schröder (Friedberg) schlagen hierzu folgende Resolution vor: den Reichskanzler zu ersuchen, die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten im inneren Dienste bei den Post- und Telegraphenanstalten, im Ortsbestellungs- und im Postbegleitungsdienste in der Richtung einer näheren Erwägung unterwerfen zu lassen, daß die Unterbeamten in allen Orten, welche hinsichtlich der bei Normirung der Gehaltsverhältnisse in Frage kommenden Rücksichten gleichstehen, gleichgestellt werden.

Abg. Schröder (Friedberg) befürwortet diesen Vorschlag damit, daß die Gehälter der Beamten nicht überall gleichgestellt seien.

Der Generalpostmeister widerspricht dieser Behauptung und bezeichnet die Resolution als gegenstandslos, da bereits nach den in derselben aufgestellten Grundsätzen verfahren werde.

Das Haus lehnt diese Resolution in Folge dessen ab.

Zu Titel 19 (für die nicht angestellten Beamten u. s. w. 3,700,000 M.) schlägt die Commission folgende Resolution vor: Den Reichskanzler zu ersuchen: die Bestimmungen wegen der Annahme, Anstellung und Beförderung der Anwärter für den Telegraphendienst in der Richtung einer Revision unterwerfen zu lassen, daß dieselben mit den Bestimmungen für die Postanwärter in Uebereinstimmung gebracht werden.

Abg. Schmidt (Stettin) empfiehlt die Annahme dieser Resolution. Seit dem Jahre 1873 sind auch Telegraphen-Gehilfinnen, wie in England und in der Schweiz, im deutschen Telegraphendienst beschäftigt. Diese hegten die Erwartung — ihre Zahl beträgt augenblicklich mehr als 200 — daß sie mit Pensionsberechtigung und Wohnungsgeldzuschuß eine feste Anstellung erhalten würden. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen, jedoch hat auch nicht festgestellt werden können, ob bestimmte Versprechungen, welche den Telegraphistinnen neben den Militäranwärtern und früheren Offizieren Aussicht auf spätere Beamtenqualität gewährten, wirklich gemacht sind. Das preußische Handelsministerium hat im Jahre 1873 für den Eisenbahndienst den Damen keine spätere Beamtenstellung zugesichert. Die Telegraphen-Gehilfinnen werden nur bei Tage dienstlich beschäftigt — in Berlin auch auf der Börse — und ist in der Commission seitens der Post- und Telegraphenverwaltung erklärt worden, daß letztere Abstand nehmen müsse, die Telegraphen-Gehilfinnen fest anzustellen; vielmehr sollen Damen ferner nicht mehr in den Telegraphendienst eingestellt werden.

Die Resolution wird genehmigt.

Bei Titel 50 (außerordentliche Ausgaben) weist Abg. Rittinghausen auf das dringende Bedürfniß hin, für Drucksachen und Briefe getrennte

Einwürfe einzurichten, da sehr häufig Briefe sich in die Drucksachen hineinschieben und erst auf weiten Umwegen an ihre Adresse gelangten. Er selbst habe einen Brief von Chambery nach Düsseldorf gesendet, wo er nach drei Monaten auf dem ungewöhnlichen Wege über Buenos-Ayres eingetroffen sei; ein Brief von der holländischen Grenze nach Aachen sei erst nach Atchin gegangen. Als Muster empfehlen sich die bewährten belgischen Briefkasten mit getrennten boîtes für Briefe und Drucksachen.

Die auf diesen Etat bezüglichen Petitionen werden durch die gefaßten Beschlüssen für erledigt erklärt.

Ein Titel des Ordinariums dieses Etats, nämlich Titel 44, welcher zur Erwerbung von Grundstücken, Erbauung von Post- und Telegraphendienstgebäuden und zur Unterhaltung der Diensträume 2,300,000 M. beansprucht, war der Budgetcommission überwiesen. Sie beantragt nur folgende Summen zu bewilligen: Titel 44. Zur baulichen Unterhaltung der Gebäude, sowie zu kleineren baulichen Aenderungen 600,000 M. Titel 44a. Zu Erweiterungsbauten in Düsseldorf, Potsdam, Thorn, Stendal, Berlin (Mauerstraße 74 und Leipzigerstraße 16), zu kleineren Erweiterungsbauten, sowie zu Grundstückserwerbungen bis zu 30,000 M. 400,000 M.

Referent Hammacher betont, daß die sich immer steigernden Anforderungen der Postverwaltung für Bauten die Commission zu einer eingehenden Prüfung dieser Positionen und zu den beantragten Reductionen veranlaßt hätten.

Der Generalpostmeister kann im Allgemeinen die größere Zerlegung der Titel nicht billigen, weil dadurch der Etat an Uebersichtlichkeit verlieren und die Etatsüberschreitungen sich mehren würden. Die früheren Verhandlungen des Hauses hätten zu der jetzigen Gestaltung des Etats geführt und er bitte, es dabei zu belassen. Im Ganzen stimme er mit den Vorschlägen der Commission überein.

Die Commissionsanträge zu diesem Titel werden angenommen.

Abg. Demmler bedauert, daß kein Baumeister in die Budgetcommission gewählt worden sei, sie bestehe nur aus Juristen, Kaufleuten, Theologen, Aerzten &c. Ein Bauverständiger sei aber bei den zahlreichen Bau-Entwürfen, die zu prüfen seien, recht nöthig gewesen. Für die Zeichnungen, Entwürfe &c. der Neubauten seien unverhältnißmäßig hohe Summen gefordert; das hätten eigentlich die Postbaumeister als ihres Amtes allein besorgen müssen. In Hildesheim und Münster sei auf Befehl des Generalpostmeisters in gothischem Styl gebaut worden. Darüber möge sich vielleicht der Abg. Reichensperger (Crefeld) freuen, er aber sei der Meinung, die Gothik passe nicht für profane Zwecke, weil wir keine großen Säle und durchlaufende Etagen haben. Kolossale Thürme von 150 Fuß Höhe seien angebracht, deren Zweck er durchaus nicht einsehe. Er bitte um eine nochmalige Prüfung der betreffenden Pläne.

Reichensperger (Crefeld) muß die so hart angegriffene Profangothik in Schutz nehmen. Er erinnert an die zahlreichen gothischen Bauten für profane Zwecke vom 12. bis 16. Jahrhundert. In England herrsche dieser Stil bis heute, sogar bei Eisenbahnbauten. Unnütze, durch nichts motivirte Thürme dürfe man natürlich nicht bauen, die müsse man streichen. Wenn man nicht blos Papiergothik treibt, sondern geleitet durch das wirkliche Bedürfniß baut, dann muß man sich überzeugen, daß die Gothik nichts Anderes ist, als die Baukunst der Zweckmäßigkeit und des gesunden Menschenverstandes. (Heiterkeit.) Allerdings müßten die Baumeister die Gothik verstehen und nicht blos in sie hineinpfuschen.

Römer (Hildesheim) ist vollständig mit dem Vorredner einverstanden und lobt es, daß der Generalpostmeister den besten Gothiker in Hannover, den Baurath Haase, mit dem Entwurf des Postgebäudes in Hildesheim betraut habe; tadeln müsse er eher die dabei beobachtete überaus große Sparsamkeit.

Der Generalpostmeister hofft, daß das Haus die Gelder bewilligen werde, wie es bereits die Budgetcommission gethan, um in einigen alten deutschen Städten die Postgebäude in christlich-germanischem Baustil aufzuführen. Der Tadel, welchen Abg. Demmler über die für Entwürfe und Zeichnungen verwendeten Summen ausgesprochen habe, sei nicht berechtigt.

Richter (Hagen) wünscht, daß der Generalpostmeister, ganz abgesehen von der Stilfrage, den Bau in Hildesheim dilatorisch behandeln möge, da nach der Mittheilung eines wohlorientirten Mannes das dortige Landdrosteigebäude frei werde, welches man sehr gut für die Zwecke der Post verwenden könne.

Römer bemerkt dagegen, daß es durchaus noch nicht feststehe, ob das Landdrosteigebäude frei werde. Im Gegentheil sei diese Frage sehr dunkel, und es sei daher nur zu empfehlen, den Bau in der projectirten Weise vorzunehmen.

Darauf wird das Extraordinarium des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung nach den Vorschlägen der Budgetcommission angenommen.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 11 Uhr. (Nothetat und Berichte der Budgetcommission über den Etat; ferner mehrere kleinere Vorlagen.)

Berlin, 26. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatsminister a. D. Camphausen den Stern und das Kreuz der Großcomthure des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Die von den Notabeln des Handelsstandes aus dem Bezirk des Handelsgerichts zu Mülhausen getroffene Wahl des Manufacturisten Wladimir Tournier in Mülhausen zum Richter und des Eisenwaaren-Großhändlers Jacob Mansbendel-Hartmann daselbst zum Ergänzungsrichter des dortigen Handelsgerichts hat die Allerhöchste Bestätigung erhalten. — Der Navigations-Vorschullehrer Kluge in Altona ist zum Navigations-Lehrer ernannt worden.

Berlin, 26. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute früh 9 Uhr den Polizei-Präsidenten von Madai zum Vortrage und nahm um 11 Uhr in Gegenwart des Commandanten, General-Lieutenants von Neumann, militärische Meldungen, zunächst vom Garde-Corps, entgegen. Dann folgten die Vorträge des Chefs der Admiralität, Generals von Stosch, und des Chefs des Militär-Cabinets, General-Adjutanten von Albedyll. — Um 2 Uhr empfing Se. Majestät den Staats-Minister a. D. Camphausen und nahm um 4 Uhr den Vortrag des Reichskanzlers, Fürsten von Bismarck, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte heute mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden den Bazar zu Gunsten des Diakonissen-Mutterhauses in Kaiserswerth und später das Augusta-Hospital.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern die Meldungen des General-Lieutenants von Rauch I., Commandeurs der 9. Division, und des General-Lieutenants Kraft Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Königs und Commandeurs der 12. Division, sowie einiger anderen Offiziere entgegen. Um 2 Uhr ertheilte Se. Kaiserliche Hoheit dem Botschafter Grafen zu Stolberg-Wernigerode Audienz. Abends wohnte Höchstderselbe der Vorstellung im Opernhause und demnächst der französischen Theatervorstellung im Schauspielhause bei. (Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 26. März. [Schreiben des Papstes und Antwortschreiben des Kaisers. — Vorlagen im Bundesrathe. — Graf Stolberg und Oberbürgermeister Hobrecht. — Sonstige Veränderungen. — Vorlage, betreffend die Verlängerung des Reichshaushalts-Etats. — Dauer der Reichstags-Session. — Provinzial-Synoden. — Anlagecapital der unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen. — Deutscher Handel mit Rußland.] Das Schreiben des Papstes Leo XIII. an unseren Kaiser wird gleichzeitig mit dem Antwortsschreiben des Kaisers, nachdem dasselbe in Rom übergeben ist, veröffentlicht werden. — In den Zeitungen sind verschiedene Angaben irrthümlich verbreitet über Vorlagen, welche bereits dem Reichstage zugegangen sein sollen, während dieselben vielmehr noch dem Bundesrath zur Berathung vorliegen. Dahin gehören: 1) der Bericht der Commission für Reform der Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs; 2) der Bericht des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Erhebung einer Uebergangsabgabe von Essig; 3) der Entwurf eines Gesetzes, betreffend statistische Erhebungen über die Tabaksfabrication u. s. w.; 4) die Ergänzung des Entwurfes zum Reichshaushaltsgesetz (der sog. Nachtrags-Etat mit Forderung der Ausgaben eines besonderen Reichsschatzamtes). — Unsere gestrige Mittheilung über den Stand der Verhandlungen mit dem Grafen Stolberg und Oberbürgermeister Hobrecht können wir gegenüber den zum Theil widersprechenden Meldungen der heutigen Morgenblätter aufrecht halten. Die Ernennung des Hrn. Hobrecht wird unverweilt erfolgen, die des Grafen Stolberg zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums vermuthlich erst nach Genehmigung der betreffenden Vorlage im Landtag. Inzwischen hat auch der Handelsminister Achenbach den Wunsch zu erkennen gegeben, aus dem Ministerium auszuscheiden; derselbe könnte möglicherweise in eine der vacanten Ober-Präsidentenstellen eintreten. Die Stelle des Unterstaats-Secretairs für das Reichsschatzamt wird erst nach Genehmigung des noch dem Bundesrath vorliegenden betreffenden Nachtrages zum Reichshaushalt erfolgen. Die über die betreffenden Personenfragen umlaufenden Gerüchte dürften sich als irrthümlich erweisen. — Dem Reichstag ist gestern Abend ein Entwurf zugegangen, welcher die Verlängerung des Reichshaushalts-Gesetzes um vier Wochen, nämlich anstatt bis zum 1. April bis zum 30. April d. J. ausspricht. Darnach berichtigt sich die Angabe der „Volkszeitung“, welche diesen Entwurf als eine Indemnitäts-Vorlage bezeichnet hat. — Ueber die Dauer der Session des Reichstages läßt sich keine Vermuthung wagen, da dieselbe ganz von dem Tempo abhängt, in welchem der Reichstag den reichen Arbeitsstoff erledigen wird. — Gegenüber den Mittheilungen verschiedener Blätter in Bezug auf die Vorlagen für die Provinzial-Synoden Seitens des Ev. Ob.-Kirchen-Raths ist wiederholt zu bemerken, daß die definitiven Bestimmungen noch nicht getroffen sind. — Bei den unter Staatsverwaltung stehenden Privat-Eisenbahnen mit Einschluß der Annaberg-Weiperter und Chemnitz-Würschnitzer Eisenbahn beträgt Ende Februar d. J. das gesammte concessionirte Anlagecapital 1,251,939,800 Mark; davon 416,265,900 M. Stammactien, 44,595,000 M. Prior.-Stamm-Actien und 791,078,900 M. Prior.-Obligationen. Die Länge derjenigen Strecken, für welche dies Capital bestimmt ist, beträgt 4,545,32 Kilom., so daß auf je 1 Kilom. 275,259 M. entfallen. Bei den unter Privat-Verwaltung stehenden Privat-Eisenbahnen mit Ausschluß der Uelzen-Langwedeler beträgt Ende Februar d. J. das gesammte concessionirte Anlagecapital 2,989,193,507 M., davon 1,066,612,848 Mark Stamm-Acten, 331,611,000 M. Prioritäts-Stamm-Actien und 1,590,969,649 M. Prioritäts-Obligationen. Die Länge derjenigen Strecken, für welche dies Capital bestimmt ist, beträgt 11,911,64 Kilom., so daß auf je einen Kilometer entfallen 250,948 Mark. — Es ist in früherer Zeit bereits darauf hingewiesen, daß sich der deutsche Handel mit Rußland im Allgemeinen gehoben und vielfach gebessert hat. Dies bestätigt ein amtlicher Handels- und Schifffahrtsbericht aus Windau. Nach diesem Bericht wurden 1877 aus Deutschland eingeführt 25,400 Kilo Glaubersalz, 25,000 Kilo Petroleum, 36,000 Kilo Soda, 20,000 K. Weizen u. A., ausgeführt wurden nach Deutschland u. A. 278,277 Stück Bretter, Säeleinsamen 6290 To., Knochen 29,035 Kilo u. s. w. Deutsche Schiffe kamen 86 an, darunter acht Dampfschiffe, und von ihnen gingen 84 im Jahre 1877 wieder aus, darunter 6 Dampfschiffe, 2 Dampfschiffe im Januar 1878. 81 deutsche Schiffe kamen in Ballast ein, darunter 4 Dampfschiffe. Sämmtliche ausgegangene deutsche Schiffe waren beladen. Nicht deutsche Schiffe kamen aus deutschen Häfen 75, davon 56 in Ballast, nicht deutsche Schiffe gingen nach deutschen Häfen 38, sämmtlich beladen. — Nach einer amtlich aufgestellten Uebersicht über den Schiffsverkehr im Hafen von Harburg im Jahre 1877 kamen Schiffe daselbst an 437 beladen und 176 unbeladen, darunter 3 Seedampfschiffe. Von der Gesammtzahl gehörten den alten Provinzen Preußens an 8, Hannover 280, Schleswig-Holstein 101, Oldenburg 32, Mecklenburg 1, Hamburg 49, Bremen 4. Es gingen von Harburg ab 312 beladen und 290 unbeladen, darunter 3 Seedampfschiffe. Von der Gesammtzahl gehörten an: alten Provinzen Preußens 7, Hannover 275, Schleswig-Holstein 96, Oldenburg 31, Hamburg 50, Bremen 4. Flußschiffe kamen an 7706, wovon 5223 beladen und 2483 unbeladen. Die Mehrzahl hiervon, nämlich 5100, gehört der Provinz Hannover an, Hamburg 1693, Schleswig-Holstein 502 u. s. w. Abgegangene Flußschiffe waren 7685 zu verzeichnen, von denen 3278 beladen und 4407 unbeladen waren. Die größte Zahl derselben stammte aus der Provinz Hannover, 4996, demnächst Hamburg 1693, Schleswig-Holstein 502 u. s. w. — Seit 1875 hat sich der Verkehr in Harburg, eines immerhin zu beachtenden Hafens, wiederum gebessert, wiewohl er 1872 nicht gleichkommt, abgesehen von 1866, welches daher hier jedoch nicht in Betracht kommen kann.

= **Berlin**, 26. März. [Achenbachs Demission. — Dessen muthmaßlicher Amtsnachfoger. — Graf Stolberg. — Nationalliberale Fraction. — Reichstags-Session.] Die Neuigkeit des Tages ist das Entlassungsgesuch des Handelsministers Dr. Achenbach. Dasselbe ist gestern, und zwar wie wir hören, in sehr dringender Form, an Se. Majestät gerichtet worden und man glaubte in parlamentarischen Kreisen sofort zu wissen, daß die Begründung des Gesuches seine Annahme wahrscheinlich machte. Der Kaiser hatte heute deswegen eine Conferenz mit dem Fürsten Bismarck, und es wird vorausgesehen, daß die Publication der genehmigten Demission nicht lange auf sich warten lassen wird; ob und wie weit es richtig ist, daß Herr Dr. Achenbach für den Posten eines Oberpräsidenten ausersehen sei, lassen wir dahingestellt. In parlamentarischen Kreisen findet Achenbachs Rücktritt vielfach lebhaftes Bedauern. Man schätzt allgemein seine seltene Arbeitskraft, sein großes Wissen, und seine Hingebung an das ihm übertragene Ressort. Es müssen diese Eigenschaften doch wohl auch von dem Fürsten Bismarck nicht verkannt worden sein, da derselbe dem scheidenden Handelsminister das Finanzressort, wie wir bereits gemeldet haben, dringend angetragen hatte. Eine in seltenem Grade wohlwollende Natur bei großer und strenger Gerechtigkeitsliebe macht namentlich den Beamten des Handelsministeriums den Rücktritt ihres bisherigen Chefs bedauerlich. In politischen Kreisen verhehlt man sich nicht, daß mit Camphausen und Achenbach die Elemente aus der Regierung scheiden, welche der Freihandelspolitik in Gemeinschaft mit Delbrück eine feste Stütze gewesen sind, und im Lager der Schutzzöllner ist am Ende die einzige Stätte, wo der Rücktritt der beiden Minister mit ungetheilter Freude begrüßt wird. Als Nachfolger Achenbachs nennt man nun schon gewohnheitsmäßig den jetzigen Unterstaatssecretär im Handelsministerium und früheren Präsidenten des Reichseisenbahn-Amts Herrn Maybach, eine in parlamentarischen Kreisen nicht übermäßig beliebte Persönlichkeit; daher denn auch die vielen, vielleicht aber nicht begründeten Zweifel an der Angabe seiner Berufung zum Handelsminister. Es sei hier gleich als eine fernere mit Betonung verbreitete Version erwähnt, daß jetzt nach dem Rücktritt Achenbachs davon gesprochen wird, es sei die Bildung eines Eisenbahnministeriums regierungsseitig aufgegeben. Wie weit dies richtig ist, wird sich in der morgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses bereits zu zeigen haben. Die Freiconservativen gehen übrigens damit um, eine Vertagung der Vorlage bis nach dem Schluß des Reichstages und also eine nochmalige Nachsession des Landtages zu beantragen. — Der deutsche Botschafter in Wien Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode ist gestern auf seinen Posten zurückgereist. Wir hören mit Bestimmtheit, es hätten die Verhandlungen wegen seines Eintritts in das Staatsministerium als dessen Vicepräsident zum endgiltigen Abschluß geführt. Angaben wonach Herr Hobrecht nachträglich die Uebernahme des Finanzministeriums wieder abgelehnt hätte, sind thatsächlich ungegründet. — In der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses fand gestern, wie man hört, eine ziemlich bewegte Sitzung statt. Die Meinungsverschiedenheiten gegenüber dem Nachtragsetat haben sich noch zugespitzt und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie zu mancherlei Veränderungen innerhalb der Fraction führen möchten. Man sieht deshalb der fortgesetzten Berathung, die heute Abend stattfinden soll, mit Spannung entgegen. — Im Reichstage ist man darauf vorbereitet, bis tief in den Mai hinein zu arbeiten. Man wird in der Budgetcommission demnächst an die Berathung der Steuervorlage herantreten, daß von diesen lediglich der Spielkartenstempel Aussicht auf Annahme hat, ist bekannt. Aber auch die Vorlage, welche die Bewilligung von Mitteln für Erhebungen bez. des Tabaksmonopols beansprucht, stößt auf sehr lebhaften Widerspruch und wird in der eingebrachten Form auch wohl schwerlich genehmigt werden. Es wird sich bei der event. Debatte über den Entwurf bereits zeigen, daß eine beträchtliche Auzahl von Reichstagsmitgliedern entschieden gegen das Monopol eingenommen ist.

Aus Süddeutschland, Ende März. [Der Erlaß des Bischofs Hefele von Rottenburg,] wonach die besonderen Andachten für Kirche und Papst eingestellt werden dürfen, hat in clericalen Kreisen ein peinliches Aufsehen erregt. Der „Bad. Beob.“ sieht sich genöthigt, unangenehmen Deutungen des Erlasses entgegenzutreten. Der Bischof habe nur die Einstellung der Andachten genehmigt, jeder Pfarrer könne sie nach- wie vorher halten. Grund dieses Erlasses sei für den Bischof die Hoffnung gewesen, „Gottes Güte werde die schweren Prüfungen mildern, durch welche solche außerordentliche Veranstaltungen herbeigeführt wurden.“ Es ist richtig, daß dieser letztere Satz in dem Erlaß des Bischofs steht, — aber wenn man sich auf denselben berufen will, warum werden Andachten überhaupt gehalten? — Wenn Gott Dies und Jenes schon thun wird, warum dann auch noch Gebete? — Das „Baier. Vaterland ist in diesem Punkte viel katholischer; es constatirt das „peinliche Aufsehen“, das der Erlaß in katholischen Kreisen machen werde und meint, vor einer wirklichen Erhörung dürfte das Gebet nicht eingestellt werdeu. Sollte denn Gott gezwungen werden, „die wohl allerdings schon beschlossene, vielleicht auch für die nächste Zukunft schon beschlossene Milderung in der elften Stunde noch zurückzunehmen?“ Es heißt dann wörtlich:

„Da kommen einem ganz kuriose Gedanken. Es scheint fast, als ob man in Rottenburg den Grund alles Uebels und aller „Prüfungen“ nur in Pius IX. geglaubt und alle Gebete nur angerufen hatte, damit dieser Papst recht bald von Gott abberufen werde. Nur bei solcher Meinung und der weiteren, daß Leo XIII. in andere Bahnen einlenken werde, kann man von „Milderungen“ der schweren Prüfungen sprechen in einem Augenblicke, wo der Himmel in Wirklichkeit noch so schwer und schwarz umwölkt ist. Nun, die zu erwartende Encyclica dürfte wie ein Blitzstrahl auch in Rottenburg einschlägen, wo wieder Dünste sich angesammelt zu haben scheinen. Möge sie doch recht bald kommen, um dem gesammten Semmelschmarrnthum, das zweifelsohne auf den gegenwärtigen Papst große Hoffnungen setzt, es wieder handgreiflich zu zeigen, daß nicht nur Christus, sondern auch seine Stellvertretung im Papste, heute und in Ewigkeit dieselbe ist.“

Es ist daraus zu ersehen, wie unsicher man im clericalen Lager sich fühlt.

Frankreich.

* **Paris**, 24. März. [Die Pariser Verleger] sind am 21. d., einer Einladung der Druckerkammer folgend, im Cercle de la Librairie zusammengetreten, um sich über den Strike der Druckergehilfen zu berathen. Den Vorsitz führte der Verleger Hachette. Herr Bapst (von dem Hause Lahure) ergriff zuerst das Wort. Die Lage der Druckergehilfen, sagte er, kann allerdings noch verbessert werden, aber die Forderungen, die sie stellen, sind übertrieben. Man hat ihnen einen neuen vortheilhaften Tarif angeboten, von dem sie nichts wissen wollen. Unter diesen Umständen müssen die Druckereibesitzer beharrlich widerstehen und dies können sie nur, wenn die Verleger sie unterstützen. Diese dürfen jetzt wegen der Publicationen, für die Eile geboten ist, die Geduld nicht verlieren und sie keinem Drucker anvertrauen, der den Tarif des Arbeiter-Ausschusses angenommen hat. Die Gehilfen können mit den Geldmitteln, in deren Besitz man sie weiß, den Strike nicht über 14 Tage ausdehnen. Herr Masson stimmte dem Vorredner bei und schlug folgenden Beschluß zur Annahme vor:

Die unterzeichneten Verleger danken den Druckereibesitzern für die ihnen gemachte Mittheilung, welche ihre innersten Interessen berührt. Sie muntern die Drucker auf, in dem Widerstand gegenüber Anforderungen zu beharren, deren Durchführung dem Gedeihen der Pariser Typographie einen schweren Schlag versetzen würde. Sie werden ihnen helfen, das Ziel, das sie verfolgen, zu erreichen, indem sie sich für ihre laufenden periodischen sowohl als anderen Arbeiten allen zeitweiligen Maßnahmen welche die Umstände mit sich bringen, fügen werden, Sie verpflichten sich außerdem, während der ganzen Dauer der Krisis den Druckereien, welche den Tarif vom 21. März 1878 annehmen sollten, keine neuen Aufträge zu ertheilen.

Mit Ausnahme von zwei oder drei Geschäften waren alle großen Verlagshäuser in der Versammlung vertreten, welche obigen Beschluß einmüthig annahm.

[Die Annahme der Amendements zum Budget,] die der clericale Theil des Senates durchsetzte, hat, ganz abgesehen von dem dadurch in Aussicht gestellten Conflicte zwischen den beiden Kammern, die für alle Theile unangenehmen Folgen, daß die Winter-Session sich über die gewünschte Frist verlängern und daß die Regierung genöthigt sein wird, nochmals ein provisorisches Zwölftel zu verlangen. Als die Constitutionellen den Clericalen nachgaben, mußten sie dies vorhersehen; aber es war ihnen um eine clericale und zugleich um eine politische Kundgebung zu thun: „Der Senat“, schreibt die conservative „Assemblée Nationale“, „will sich nicht dazu hergeben, die ihm von der Deputirtenkammer zugegangenen Gesetzentwürfe einfach einzuregistriren.“ Der „Moniteur“ ist auch schon bei der Hand, den Conflict zu schüren und den Ministern und den Deputirten vorzuwerfen, sie seien selber schuld daran, wenn in Folge der Annahme der Amendements durch den Senat Verlegenheiten erwüchsen: der Kriegsminister habe in Betreff des Amendements wegen Erhöhung des von den Deputirten bewilligten Credits für die Invaliden dem Ausschusse des Senats, der diese Erhöhung vorschlug, sich „sehr dankbar“ genannt und sogar statt der Erhöhung von 40,000 Fr. 60,000 verlangt; dagegen habe die Kammer gegen den Wunsch des Marineministers die Gelder für die Marinegeistlichen gestrichen. Der Senat habe also in beiden Amendements den Ministern für Krieg und Marine einen Gefallen gethan. Ein Conflict, den die Broglie und Buffet so sehnlichst herbeiwünschen, wie die Rouher und Cassagnac, würde um so bitterer empfunden werden, als dadurch die Befürchtungen, die Louis Blanc und Genossen vor der Bewilligung der Budgets aussprachen, bestätigt würden und Gambetta's Zuruf: „man müsse Vertrauen zeigen“, als voreilig und leichtfertig sich erweisen würde. Eben deshalb spricht sich die „République Française“ heute über alle Maßen bitter gegen die Senatoren aus, die mit ihren „Erbärmlichkeiten“ das Land in Unruhe und das Cabinet in Verlegenheit brächten.

[Die Frage über den Bau eines neuen Post- und Telegraphen-Gebäudes] liegt jetzt dem Bautenminister zur Entscheidung vor. Alphand, der Director der Arbeiten für die Verschönerung von Paris, möchte die gegenwärtige Lage desselben in der Rue Jean Jacques Rousseau beibehalten. Der Unter-Staatssecretär beim Finanzministerium, de Fery, dem die Post- und Telegraphen-Verwaltung anheimfällt,

wünscht, daß das vormalige Gebäude des Staatsraths am Quai d'Orsay, welches von der Commune theilweise abgebrannt wurde, zu diesem Dienste benutzt und demselben das danebenliegende Cavalleriequartier angeschlossen werde. Es ist ein dritter Plan auf dem Tapet, nämlich das Postgebäude in den Industrie-Palast in den Champs-Elysées zu versetzen.

[Zur Weltausstellung.] Mehrere namhafte Pariser Bildhauer haben an den Minister des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste das Gesuch gestellt, ihre Kunstwerke, welche gegenwärtig in den öffentlichen Gärten von Paris stehen, bei der Weltausstellung auszustellen. Der Minister hat ihnen dies unter der Bedingung gestattet, daß während der Ausstellung und bis zur Zeit ihrer Wiedererrichtung am gehörigen Orte an deren Stelle ein Modell aus Gyps aufgerichtet wird.

Großbritannien.

London, 23. März. [Die Macht Englands in Indien.] Wie einige Auszüge aus der heimischen indischen Presse zeigt, macht sich unter den Eingeborenen gegen die britische Herrschaft eine lebhafte Bewegung bemerkbar, welche ihre Hauptnahrung während der letzten Monate aus den Ereignissen des russisch-türkischen Krieges zog. Die Siege Rußlands verdunkeln das Prestige der Briten ungemein. England habe wie ein feiger Soldat gehandelt — heißt es in einem der angezogenen Artikel — da es den Sultan im Stiche gelassen. Rußland werde Nana Sahib nach Indien zurückführen und das alte Reich des Aurengzeb wiederherstellen. Die Regierung in Calcutta hat in Folge dessen eine Censuracte eingeführt, um die mohamedanische und Hindu-Presse mundtodt zu machen. Man muß demnach doch die Gefahr eines neuen Aufstandes wittern, sonst würde sich ein Mann wie Lord Lytton nicht dazu verstanden haben, eine für englische Begriffe geradezu hassenswerthe Maßregel zu ergreifen. Um so bemerkenswerther ist es, daß in der englischen Presse Indiens die Möglichkeit erörtert wird, aus Indien während eines wahrscheinlichen russisch-englischen Krieges große Truppen-Corps nach dem Kriegsschauplatze zu ziehen. So schreibt die „Madras-Times“:

„Wir sind sehr erstaunt, aus England immer nur Nachrichten von unmittelbar bevorstehender Vermehrung der englischen Armee zu hören, ohne daß dabei von Indien die Rede ist, das doch eine Million Bewaffneter auf den Kriegsschauplatz werfen könnte. Hier in Indien zählt Ihre Majestät viele Tausende von Mohamedanern, die keinen größeren Wunsch hegen, als für die Sache der Türkei gegen Rußland geführt zu werden, unter der Voraussetzung, daß England die Kosten trägt und englische Offiziere sie befehligen. Aus Audh, Pandschab, dem Dekhan und Sindhien, kurz, aus jeder Landschaft unseres weiten indischen Reiches würden kräftige Gestalten hervorströmen und abenteuerlich Gesinnte sich einem heiligen Krieg (Dschihad) anschließen, zu welchem für sie Englands Kriegserklärung würde. Wenn man bedenkt, welche Drohung für Rußland darin liegt, die Mohamedaner Indiens in englischen Sold und englische Disciplin zu nehmen, so muß man staunen, daß eine solche Hinweisung noch in keiner Rede der Minister oder Parlamentsmitglieder Englands erfolgte. Unsere Hülfsquellen werden unterschätzt. Während Rußland seine Streiter zum Kriege aus allen Theilen seines weiten Reiches sammelt, bescheidet sich Großbritannien, ein paar Armeecorps zu je 30,000 Mann aus Vollblut-Engländern zu bilden. Mögen diese Corps auch aus dem schönsten Menschenschlage der Welt zusammengesetzt sein, so darf man doch nicht vergessen, daß große Mengen in einem bevorstehenden Kriege unumgänglich nothwendig sind. Geräth England in Krieg, so kann kaum ein Zweifel sein, daß er denselben Charakter erhalten wird, wie der gegenwärtige zwischen Rußland und der Türkei. In diesem Kriege zählte der Mann, der ordentlich schießen konnte, die Strapazen und Entbehrungen auszuhalten vermochte; es ist daher gewiß sehr am Platze, für einen Krieg mit Rußland diese Art von Soldaten zu vermehren, statt gegen sie die besten Söhne Englands zu senden, die zwar groß und tüchtig sind, aber nur eine Handvoll ausmachen. Der Werth der türkischen Armee und ihre Erfolge gegen russische gedrillte Soldaten haben Jedermann überrascht und sollten uns eine Lehre sein. Die indischen Truppen und Mohamedaner sind so gute Soldaten, wie die Türken, die in Plewna kämpften, ebenso kräftig, ausdauernd und fanatisch. Es ist ein großer Irrthum, anzunehmen, daß Indien in einem etwaigen Kriege in der Türkei nicht mehr stellen kann, als die elf Divisionen der regulären englischen und etwa noch der indischen Eingeborenen-Armee; worin Indien groß ist, das sind seine Mengen und die Wohlfeilheit des Menschenmaterials, welches es [illegible] englischen Truppe. Wir wagen zu behaupten: würde morgen der Krieg Englands gegen Rußland um die Integrität (!) der Türkei erklärt, so würden sich sofort so viele Mohamedaner zur Einstellung drängen, als man annehmen wollte. Der Krieg würde populär sein in Indien und nicht nur unter Mohamedanern; man schiffe die von Begeisterung getragenen Mannschaften gut bewaffnet nach dem Kriegsschauplatze ein, und bis sie hinkommen, werden die englischen Befehlshaber sie in eine brauchbare Truppe umformen. Im Krimkriege warb England Fremdenlegionen von sehr unsicherem Werthe an; jetzt verlasse es sich auf seine indischen Mohamedaner, um die Reihen auszufüllen, welche der Krieg lichtet. Ein weiterer Grund, warum wir in einem Kriege mit der Türkei einem Aufruf an die mohamedanische Bevölkerung das Wort reden, ist der, daß Indien dadurch [illegible] seiner Eingeborenen [illegible] die Möglichkeit, wie die Macht, [illegible] zu thun, hat England —, so geht sich der drohende Krieg vielleicht noch [illegible] größere Gefahr lassen können, als sie sich vielleicht träumen lassen.“

Ohne Betonung eines heiligen Krieges für die Sache des Islams beurtheilt die Lage die in Bombay erscheinende „Times of India“:

„Kann irgend Jemand, der unsere Truppen kennt, daran zweifeln, daß die Silh, Gortha (Himalaya-Bewohner), Pathan (Afghanen), die Maratten und Südindier den Söhnen des Zaren weniger Widerstand leisten könnten, als die Türken in Plewna, oder sich länger zum Sturme besinnen würden, als die Angreifer der Forts im Schipkapasse? Die vierzig Millionen indischer Mohamedaner könnten hunderttausend Mann Kerntruppen stellen, die insbesondere in einem Kriege zu Gunsten von Glaubensgenossen großen Muth und Kühnheit entfalten würden; wir hätten aber durchaus nicht nöthig, uns auf die Bekenner des Korans zu beschränken. Eine der größten Schattenseiten unserer Verwaltung und der Zustände in Indien in den letzten 25 Jahren tiefsten Friedens liegt darin, daß dem Ehrgeiz der zahlreichen kriegerischen Klassen und Nationalitäten keine Gelegenheit gegeben ist, sich bethätigen zu können; für dieses Sehnen würde ein Abzug geschaffen, der angeborene Hang zu Abenteuern, der lange zurückgehaltene Thatendurst könnte befriedigt werden. In einem Kriege zur Fernhaltung einer russischen Vergewaltigung Asiens können wir auf 240 Mill. Indier, die Vasallenstaaten einbegriffen, rechnen. Die 300,000 Mann Truppen der Vasallen sind zwar in der Regel schlecht bewaffnet, sehr schlecht gedrillt und noch schlechter geführt; aber der Maharadscha-Scindia von Gwalior, dem erst vor Kurzem Rang und Titel eines Generals der englischen Armee verliehen wurde, unterhält eine unserer Eingeborenen-Armee ebenbürtige Truppe von 15,000 Mann, und im Ganzen würde bei Einhändigung neuer Waffen und Ernennung englischer Oberbefehlshaber ein sofort brauchbares, sogar tüchtiges Reservecorps von 50,000 Mann auszulesen sein. Die Erhebung Indiens zum Kaiserreich und die Versammlung seiner Fürsten im Januar vorigen Jahres zu Delhi war keine leere Ceremonie, sondern hatte einen Inhalt, eine Bedeutung, und diese liegt darin, daß die Kaiserin, das Kaiserhaus, die Prinzen Indiens und das Volk in England wie Indien durch gegenseitige Verpflichtungen an einander gekettet sind, gleichen Ruhm und gleiches Schicksal mit einander theilen. England ist nicht blos eine große, nein, es ist die größte aller Mächte, wenn es zum Bewußtsein seiner Kräfte kommt, und es kann mit einer Donnerstimme sprechen, die über Asien hinaus bis in den Moskauer Kreml gehört wird. Man hatte sich seiner Zeit den Kopf zerbrochen damit, daß der Suezcanal lüsterne Räuber an die Schwelle Indiens brächte; ganz das Gegentheil ist der Fall. Die zahllosen Legionen, welche sich durch das Talent der organisatorischen Kräfte, die wir in Heer und Verwaltung zählen, mit englischem Gelde aus Indien ziehen lassen, können Dank Herrn von Lesseps in wenigen Wochen ohne Gefahr für Indien nach dem Mittelmeere und Schwarzen Meere, nach Kleinasien oder Armenien übergeführt werden.“

An anderer Stelle wird ausgeführt, daß in Bombay Kriegs- und Handelsschiffe genug vor Anker liegen, um jeder Zeit 4000 Mann sofort einzuschiffen und den Rest eines Armeecorps ohne Zeitverlust in den nächsten Tagen nachschieben zu können. Der Gedanke, auf Indien die Hauptlast der Versorgung Englands mit dem erforderlichen stehenden Heere für die Erhaltung seiner außereuropäischen Colonien zu werfen, ist nicht neu; gegen China wie Abessinien hatte Indien in den Kriegen Englands die Hauptmacht.

Amerika.

Newyork, 14. März. [Wunderthätige Bilder und Erscheinungen der Madonna,] welche in Europa und Südamerika mit so großem Erfolge gehandhabt werden, konnten hierzulande bei der nüchternen, prosaischen und vorwiegend materiellen Richtung der Bewohner bisher nicht aufkommen. Ein Marpingen, ein Lourdes, ein Loretto, ein blutender Januarius fanden in den Vereinigten Staaten noch keinen Zulaß. Und selbst in dem streng katholischen Canada, welches im Vatican den Titel des „ältesten Sohnes der Kirche in Nordamerika“ führt, hat der Clerus sich bisher ohne Mirakel durchhelfen müssen. Es war einem aus Deutschland herübergeflüchteten Geistlichen — dem Pfarrer Heinen — vorbehalten, unlängst den ersten Versuch mit einer Wunderheilung auf nordamerikanischem Boden anzustellen. Dieser unternehmende Priester lebt in dem kleinen, meistens von armen Deutschen bewohnten Orte Mauch Chunk in Pennsylvanien. Bei ihm meldete sich kürzlich eine gewisse Amalie Greth mit dem Vorgeben, daß sie an der Schwindsucht leide und daß ein Engel, welcher ihr Nachts erschienen sei, sie angewiesen habe, in dem Pfarrhause ihre Heilung zu suchen. Pater Heinen nahm die Kranke bereitwillig auf und verpflegte sie. Nach einiger Zeit verbreitete sich in Mauch Chunk das Gerücht, daß die Greth von ihrem Schutzengel die Mittheilung empfangen habe, daß sie am Tage „Mariä Reinigung“ in einen tiefen Schlaf verfallen und ihren Geist aufgeben werde; daß sie aber nach Verlauf einer Stunde durch die Kraft des Gebetes des Pfarrers zum Leben zurückgerufen und völlig genesen werde. Am genannten Festtage umstanden alle Neugierigen und Gläubigen des Ortes das Pfarrhaus: einige Auserwählte gelangten bis zum Lager der Kranken, welches in einem halbdunklen Gemache aufgeschlagen war. Um 8 Uhr früh trat bei der Greth der angekündigte Schlaf nebst vorgeschriebener Regungslosigkeit ein; um 9 Uhr 15 Min. rief Heinen ihren Namen; sie erhob sich vom Lager und ging festen Schrittes in die Kirche. Bis so weit war Alles geglückt. Die Gegenwart eines Arztes hatte man sorgfältig zu verhindern gewußt. Als aber die Sache in weiteren Kreisen ruchbar wurde, bemächtigte sich die gesammte Presse des Mirakels und erhob gegen diesen Unfug einstimmigen Protest. Da war keine „Germania“, kein „Monde“, kein Windthorst, kein Veuillot zu finden, welcher es gewagt hätte, ein Wort zu Gunsten Heinens einzulegen. Selbst der „New-York Herald“ überschrieb gleich seinen ersten Wunderbericht mit großen Worten: „Eine seltsame Geschichte im neunzehnten Jahrhundert: kann das wahr sein?“ Inzwischen hatte der Erzbischof Wood von Philadelphia bereits eine strenge Untersuchung gegen Heinen eingeleitet. Dieselbe ist nun abgeschlossen und der Erzbischof hat nicht nur das ganze Mirakel verdammt (condamned), sondern hat durch Heinen selbst von der Kanzel einen Hirtenbrief verlesen lassen, in welchem „allen denjenigen eine kirchliche Censur ertheilt wird, welche bei dem Betruge mitgewirkt haben.“

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 27. März. Angekommen: Se. Durchl. Georg Prinz zu Schönaich-Carolath auf Schloß Mellendorf.

* [Typhus.] Auch in Schweidnitz, schreibt die „Schw. Ztg.“, zeigt sich der unheimliche Gast Typhus; es sind am 25. März 5 Erkrankungsfälle constatirt worden.

⊙ **Bolkenhain**, 25. März. [Zur Gerichts-Reorganisation.] Seitens des ersten Präsidenten des königl. Appellations-Gerichts zu Breslau ist an den Dirigenten der hiesigen Gerichts-Deputation, Herrn Kreisgerichts-Rath Menzel, ein Schreiben eingegangen, in welchem derselbe zum Bericht darüber aufgefordert wird, ob die dem hiesigen Gericht eingeräumten und in der ersten Etage des Rathhauses belegenen Locale für die Unterbringung von drei Amtsgerichten ausreichend seien und wie im Nichtfalle dieselben beschafft werden würden. Da der hiesige Magistrat als Besitzer der bisherigen Gerichts-Locale das größte Interesse an derselben nehmen muß, so unterbreitete Herr Gerichtsrath Menzel das obige Schreiben den hiesigen städtischen Behörden zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung, die auch in der am 21. d. Mts. abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte. Hierbei mußte nun zunächst constatirt werden, daß die bisher gebrauchten Locale für das Gericht in seiner gegenwärtigen Gestalt schon nicht als völlig ausreichend und zweckentsprechend bezeichnet werden dürften, und daß dies natürlich noch viel weniger der Fall sei für das Gericht in seiner zukünftigen Gestalt, da laut obigen Schreibens incl. eines Sitzungssaales für das Schöffengericht von 100 Quadrat-Meter Grundfläche und eines anliegenden Berathungs- und Detentions-Zimmers im Ganzen ca. 15 Locale nebst genügendem Boden und Kellerraum als unumgänglich nothwendig gefordert werden müßten. Auf Grund der bereits im Magistrats-Collegium gepflogenen Verhandlungen hatte das technische Mitglied desselben, Herr Maurermeister Vogt, drei Projecte nebst Skizzen angefertigt, welche der Stadtverordneten-Versammlung nebst den nöthigsten mündlichsten Erläuterungen vorlagen und wonach das Rathhaus einen Auf- oder Anbau, oder Beides erfahren sollte. Da sämmtliche Mitglieder der beiden städtischen Behörden sich sehr wohlbewußt sind, daß diese Frage vorläufig wie keine zweite die Zukunft der hiesigen Stadt berühre, und da es das Communal-Interesse gebietet, Bolkenhain zum Mittelpunkt des gesammten Gerichts-Verkehrs des gleichnamigen Kreises zu machen, so ergab sich als einstimmiges Resumé der Verhandlungen selbstverständlich Folgendes: die hiesige Stadt darf die Etablirung von drei Amtsgerichten unter keiner Bedingung von der Hand weisen, sondern muß dieselbe mit allen möglichen Mitteln erstreben und demgemäß für die Beschaffung der geforderten Locale unbedingt Sorge tragen, schlimmstenfalls durch einen Neubau, allerdings gegen einen dem Kostenaufwande der Ausführung und Unterhaltung entsprechenden Miethzins. In diesem Sinne erfolgt auch die Rückantwort an das Appellations-Gericht; die weitere Beschlußfassung über das Wo und Wie behielt sich die Stadtverordneten-Versammlung noch bis auf Weiteres vor. Uebrigens ist dieselbe Frage schon einige Zeit vorher Gegenstand der Verhandlungen im Kreis-Ausschusse gewesen und hat der Landrath Herr v. Lösch für die 36,000 Seelen im Gerichtsbezirk sogar die Placirung von 4 Amtsgerichten am hiesigen Orte für nothwendig erachtet und ebenso befürwortet.

=ch= **Oppeln**, 26. März. [Zur Concessionirung von Zinkblende-Röstanstalten.] Der Bezirksrath für den Reg.-Bez. Oppeln hatte in seiner letzten Sitzung über die Genehmigung zur Ausführung eines Erweiterungsbaues bei einer Zinkblende-Röstanstalt und Schwefelsäure-Fabrik im oberschlesischen Industriebezirk zu befinden. Die Zinkblende, welche bei dem zunehmenden Mangel an Galmei von Jahr zu Jahr mehr zur Verhüttung gelangt, wird bei der in Rede stehenden Anstalt in Hasenclever'schen Oefen oder in englischen Oefen (Kilns) abgeröstet. Die hierbei frei werdende schweflige Säure (circa 15% des gebundenen Schwefels) wird in große Bleikammern übergeführt und hier in Schwefelsäure verwandelt. Es wird so der größere Theil der bei der Abröstung der Blende immer entstehenden großen Menge schwefliger Säure am besten und zweckmäßigsten unschädlich gemacht. Da nun aber immer noch 10 bis 8% des Schwefels bei der Todtröstung des Erzes in Freiberger Oefen als schweflige Säure durch die mit dem qu. Hütten- und Fabrik-Etablissement verbundene 100 M. hohe Esse in die freie Luft gehen und nach dem Urtheil der zugezogenen Sachverständigen die in Betracht kommenden großen Mengen wohl geeignet sind, die Vegetation zu schädigen und die in der Nähe wohnenden Menschen mindestens erheblich zu belästigen, so beschloß der Bezirksrath, die nachgesuchte Genehmigung nur unter der Bedingung zu ertheilen, daß die bei der Röstung der Blende sich entwickelnde schwefelige Säure, soweit sie nicht zur Fabrikation von Schwefelsäure verwendet wird, durch Kalkhydrat oder ein anderes geeignetes Bindemittel möglichst vollständig unschädlich zu machen ist. Von einer specielleren Festsetzung der zu ergreifenden Prohibitivmaßregeln wurde absichtlich und zwar in der Erwägung abgesehen, daß der schnelle Fortschritt in der einschlägigen Technik möglicherweise dem Unternehmer noch zweckmäßigere Mittel als die gegenwärtig bekannten, an die Hand geben werde. — Diese Mittheilung dürfte für Diejenigen nicht ohne Interesse sein, welche in Zukunft Blenderöstöfen anzulegen geneigt sein sollten; für die Bewohner Oberschlesiens aber ist es gewiß beruhigend, daß man an zuständiger Stelle bestrebt ist, die Nachtheile möglichst abzuschwächen, welche gerade dieser Industriezweig für das animalische und vegetabilische Leben mit sich führt.

[Notizen aus der Provinz.] * Lauban. In Ober-Schönbrunn hiesigen Kreises spielte der 10jährige Sohn des Tischler Würsig mit einem dem Lehrlinge gehörenden Terzerol. Dasselbe entlud sich plötzlich und ersch.. dabei dem Knaben den Mittelfinger der linken Hand gänzlich weg und beschädigte auch die Hand nicht unerheblich, so daß der Knabe für lange Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben muß.

† Görlitz. Der „Görl. Anz.“ erzählt: Die Spukgeschichte, welche in voriger Woche im Hause Rabenberg Nr. 1 nicht allein die Bewohner desselben nebst der Nachbarschaft, sondern auch eine Menge Neugieriger, die allabendlich bis nach Mitternacht das Haus belagerten, in die erstaunlichste Bewegung versetzte, hat am vorigen Sonnabend mit der Entdeckung des natürlichen Klopfgeistes ihr Ende gefunden. Das kaum 18 Jahre alte Dienstmädchen der hochbetagten Hauswirthin hatte schon Tags vorher den Verdacht der Thäterschaft auf sich gelenkt und konnte, als es ernstlich zur Rede gestellt wurde, nicht leugnen, daß die „Scheecherei“ von ihm selbst besorgt worden sei. In Folge dessen wurde die schlaue Künstlerin sofort ihres Dienstes entlassen und bereits am Sonnabend durch ihren Vater nach ihrer Heimath abgeholt. Trotzdem kam sowohl am Sonnabend wie auch am Sonntag Abend immer noch eine Anzahl Leichtgläubiger vor dem qu. Hause zusammen, welche sich nicht einreden lassen wollten, daß die Geschichte ein so natürliches Ende gefunden habe. Einzelnen mußte sogar schließlich die Ausübung des Hausrechts handgreiflich gemacht werden, als sie es sich durchaus nicht nehmen lassen wollten, den Einlaß in das Haus durch Rütteln an der Hausthür zu erzwingen. Es sind polizeiliche Vorkehrungen getroffen, um dem Unfuge definitiv ein Ende zu machen.

△ Kattowitz. Die hiesige Zeitung berichtet: Am vorigen Sonntag Morgen fand der Förster Hahn aus Idaweiche an einem Waldwege die Leiche eines Mannes, welche er als die des Bergmanns Dudek aus Kamionkau erkannte. An dem Orte muß es zwischen Dudek und dem Mörder zu einem harten Kampfe gekommen sein, da der Erdboden in einer Länge von mehreren Metern mit den Füßen durchwühlt war. Die Leiche wurde nach Kamionkau geschafft und von Herrn Kreisphysikus Babel aus Pleß einer Untersuchung unterzogen. Nach derselben läßt sich annehmen, daß Dudek von hinten angefallen wurde und mit einem Fichtenwipfel den ersten Hieb erhielt. Der Hieb muß schon sehr kräftig gewesen sein, da er noch durch die Pelzmütze des Dudeck durchdringen konnte. Dudek selbst ist eine starke, große Gestalt, so daß der erste Schlag nicht tödtlich war und der nachherige Kampf sich entspann, bis seine Kräfte schwanden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 26. März, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten 72, 50, Neueste Anleihe de 1872 109, 20, Türken 1865 8, 87, Staatsbahn —, Neue Egypter 150, —, Banqu. ottom. 347, 50, Ital. 72, 45, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente 62⅞, ungar. Goldrente —, Spanier exter. 13, —, neueste Russen de 1877 85⅜, —. Fest.

Frankfurt a. M., 26 März Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20 41. Pariser Wechsel 81, 20. Wiener Wechsel 168, 90. Böhmische Westbahn 146½. Elisabetbahn 140¼ Galizier 205¾. Franzosen*) 213½. Lombarden*) 60¼. Nordwestbahn 92¼. Silberrente 54⅞. Papierrente 51⅝. Goldrente 61⅞. Ungar. Goldrente 73¾. Italiener —. Russische Bodencredit 73⅜. Russen 1872 —. Neue russische Anleihe 82⅜. Amerikaner 1885 99½. 1860er Loose 104. 1864er Loose 250, 00. Creditactien*) 193¼ Oesterr. Nationalbank 670, 50 Darmst. Bank 107⅛. Meininger Bank 73⅞. Hessische Ludwigsbahn 78. Ungar. Staatsloose 146, 00. do. Schatzanweisungen, alte, —. do. Schatzanweisungen, neue, 93⅛. do. Ostbahn-Obligationen 61⅝ Central-Pacific 101⅜. Reichsbank 154½. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96⅝. — Schluß besser.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 194, Franzosen 214, Galizier 206, 1860er Loose —, Goldrente 62, —, ungar. Goldrente 73⅞, neueste Russen 82 7/16.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 26. März Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¼, Silberrente 55½, Goldrente 61⅞, Credit-Actien 194, 1860er Loose 105 Franzosen 537, Lombarden 153, Italien. Rente 72¾, Neueste Russen 82¼, Vereinsb. 121¾, Laurahütte 72¼, Commerzbank 98, Norddeutsche 135, Anglo-deutsche 31, Intern. Bank 73½. Amerikaner de 1885 94⅜, Köln-Minden. St.-A. 94½. Rhein. Eisenb. do. 106¼, Berg.-Märk. do. 74½, Disconto 2¼ pCt. — Fest.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 80, 25 Br., 79, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 34 Br., 20, 28 Gd., London kurz 20, 45 Br., 20, 37 Gd., Amsterdam 167, 30 Br., 166, 70 Gd., Wien 168, 00 Br., 166, 00 Gd., Paris 80, 80 Br., 80, 40 Gd., Petersburger Wechsel 213, 00 Br., 207, 00 Gd.

Hamburg, 26. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fester. Roggen loco fest, auf Termine fester. — Weizen pr. April-Mai 212 Br., 211 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 215 Br., 214 Gd. Roggen per April-Mai 154 Br., 153 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 149½ Br., 148½ Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. Rüböl ruhig, loco 71, per Mai per 200 Pfd. 70. — Spiritus ruhig, pr. März 43¼, per April-Mai 43¾, pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli pr. 1000 Liter 100% 44½. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 10, 90 Br., 10, 70 Gd., per März 10, 70 Gd., pr. August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 26. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 19,000 Ballen, davon 8000 B. amerikanische, 5000 B. ostindische.

Liverpool, 26. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Williger. Futures 1/32 D. billiger.

Manchester, 26. März, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7⅝, 20r Water Micholls 8⅝, 30r Water Gidlow 9½, 30r Water Clayton 9⅝, 40r Mule Mayoll 9⅜, 40r Medio Wilkinson 10¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 9⅞, 40r Double Weston 10⅝, 60r Double Weston 13⅛, Printers 16/16, 34/50, 8½pfd. 93. — Markt ruhig.

Petersburg, 26. März, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 24⅛, do. Hamburg 3 Monate 211⅛, do. Amsterdam 3 M. 125½, do. Paris 3 M. 258, 1864er Prämien-Anleihe (gestempelt) 225¾, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 222, ½-Imperials 8, 00, Große russische Eisenbahn 216, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 112½, Russen de 1873 121¾, Privatdisc. 4⅛ %.

Petersburg, 25. März, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 62, 50. Weizen loco 14, 50. Roggen loco 8, 75. Hafer loco 5, 00. Hanf loco 42, 50. Leinsaat (9 Pud) loco 15, 50. — Wetter: Veränderlich.

Königsberg, 26. März, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, Roggen fest, loco 121/122pfünd. 2000 Pfund Zollgew. 134,00, pr. Frühjahr 134,00, per Mai-Juni 134,50. — Gerste still — Hafer beachtet, loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 124,00, pr. Frühjahr 120,00 — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 142,50. — Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 52,25, pr. Frühjahr 52,25, pr. Juni 54,00. — Wetter: Schön.

Danzig, 26. März, Nachmitt. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig. Umsatz 500 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 215,00, hellbunter 226,00, hochbunter und glasig 232,00, russischer abfallend 170,00—178,00. do. besserer 190,00—235,00, pr. April-Mai 215,00, per Mai-Juni 216,00, Roggen fester, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 132,00 loco russischer 132,00, per März 135,00, per April-Mai 135,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 146,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 160,00—165,00. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 132,00—133,00. Hafer per 2000 Pfd. Zollgewicht loco 122,00—132,00. Spiritus per 100 Liter 100 pCt. loco 51,00.

Pest, 26. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine fester, per Frühjahr 10, 85 Gd., 10, 90 Br. Hafer per Frühjahr 6, 50 Gd., 6, 55 Br. Mais, Banat, per Herbst 7, 32 Gd., 7, 37 Br.

Paris, 26. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. März 32, 25, per April 32, 25, per Mai-Juni 32, 50, per Mai-August 32, 25. — Mehl fest, per März 67, 25, pr. April 67, 25, pr. Mai-Juni 67, 50, per Mai-Aug. 67, 50. — Rüböl fest, per März 93, 25, per April 93, 25, per Mai-August 93, 50, per September-Decbr. 92, 00, Spiritus fest, per März 61, 00, per Mai-August 61, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 26. März, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilogr. 58, 00, Nr. 5 7/9 pr. März per 100 Kilogr. 64, 25. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 67, 50, pr. April 67, 75, per Mai-August 67, 75.

Antwerpen, 26. März, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen steigend. Hafer matt. Gerste stetig.

Antwerpen, 26. März, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27½ bez. und Br., per März 27½ Br., per April 27½ Br., per September 29½ Br., per September-December 30 Br. Matt.

Bremen, 26. März, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white, loco 10, 75, per April 10,75, pr. Mai-Juni 11, 00, pr. August-December 11, 90.

Hamburg, 26. März. [Spiritus-Notiz.] März 43¼ Gld., April-Mai 43½ Br., Mai-Juni 44¼ Gld., Juni-Juli 44½ Gld., Juli-August 45 Geld.

Berliner Börse vom 26. März 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,80 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	105 bz
do. do. 1876	4	96,60 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,70 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	138,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,80 bzG
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,30 bzG
Pommersche	3½	84 bz
do.	4	95 bz
do.	4½	102 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,90 bz
Schlesische	3½	85,30 G
Lndschaftl. Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,90 bz
Pommersche	4	95,90 bz
Posensche	4	95,80 bz
Preussische	4	95,80 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 bz
Sächsische	4	96,50 bzB
Schlesische	4	96 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,50 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	120,75 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111 bz
Sächs. Rente von 1876	3	73 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 243 B
Badische 35 Fl.-Loose 135,50 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 82 B
Oldenburger Loose 138 B

Ducaten 9,57 B	Dollars 4,19 G
Sover. 20,35 G	Oest. Bkn. 169,75 bz
Napoleon 16,24 bz	do. Silbergd. — —
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 211,75 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,50 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,25 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 B
Unkünd. do. (1872)	5	102 bzB
do. rückzb. à 110	5	107,10 G
do. do. do.	4½	99 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	92 bz
do. do. Pfandbr.	5	94 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	98 bzG
do. do. II. Em.	5	91,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,60 bz
do. do. II. Em.	5	106 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100,25 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,70 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	105 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	35,30 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	33,25 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	90,30 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,50 G
do. do.	4½	93,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.	4⅕	55,25 bz
do. 1./4.-1./10.)		55,25 bz
do. Goldrente	4	62 bzG
do. Papierrente	4⅕	52 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	104 bzB
do. Credit-Loose	fr.	299,00 etbzB
do. 64er Loose	fr.	249 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	150,50 bz
do. do. 1866	5	149 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	64,30 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,30 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,60 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	99,80 bz
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,70 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,10 bz
Raab-Grazer 100Thlr. L	4	69,50 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	8,40 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	69 bzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,00 G
Türken-Loose 25 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101,00 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,80 B
do. do. VI.	4½	99,80 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,10 G
Berlin-Görlitz	5	101,00 B
do.	4½	89,90 bzG
Breslau-Freib. Lit. F.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	96 bzB
do. do. H.	4½	95,10 bzB
do. do. JK.	4½	94,75 B
do. von 1876	5	101,60 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	94 bzG
do. .. Lit. B.	4½	100 bzG
do. .... IV.	4	94 bzG
do. .... V.	4	92,50 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	101,30 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,50 G
Märkisch-Posener	5	102 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,90 B
do. do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	93,90 B
do. do. III. Ser.	4	95 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,40 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	100 bz
do. H.	4½	101,20 bz
do. von 1869.	5	101,00 bzG
do. von 1873.	4	91,25 G
do. von 1874.	4½	100 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,70 bzB
Schlesw. Eisenbahn	4½	100 B
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	60,75 bzG
do. II. Emission	5	51,10 G
Prag-Dux.	fr.	20,25 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	86,60 bzG
do. do. neue	5	85,10 G
Kaschau-Oderberg	5	60 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56,10 bz
Ung. Ostbahn.	5	53,20 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	65,10 etbzG
do. do. II	5	65,20 bzG
do. do. III.	5	59,60 bz
Mährische Grenzbahn.	5	53 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19 bzG
do. II.	fr.	16,75 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	66,50 bzB
Oesterr.-Französische	3	329,50 bzB
do. do. II.	3	316 G
do. südl. Staatsbahn.	3	235,50 etbzG
do. neue	3	236,10 bzG
do. Obligationen	5	78,60 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	74,50 bzG
Warschau-Wien II.	5	94 bzG
do. III.	5	91,80 bz
do. IV.	5	82,25 bz
do. V.	5	75,75 B

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,60 bz
do. do.	2 M.	3	167,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,355 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	211,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	211,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	169,20 bz
do. do.	2 M.	4½	168,20 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	18,75 G
Berg.-Märkische.	3⅔	—	4	74,40-74,60bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	88,25 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	8,90 bz
Berlin-Görlitz	0	—	4	14,80 bzG
Berlin-Hamburg.	11	—	4	173,50 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	—	4	76,10 bzG
Berlin-Stettin	8⁹⁄₁₀	—	4	103,30 bz
Böhm. Westbahn.	5	—	5	74,00 bzB
Breslau-Freib.	5	—	4	66,90 bz
Cöln-Minden.	5¼	—	4	94,90 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	14,80 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	103,25 etbzG
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,80 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,00 etbzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	42,70 G
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	48,90 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	179,90 G
Märk.-Posener	0	—	4	18,20 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	105,90 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	78,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 G
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	—	3½	121,50 etbzG
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	114,50 B
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	—	4	428,00-29 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	184,90 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	— —
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	37,25 G
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	98,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	6⅓	4½	34,50 bz
Rheinische	7½	—	4	106,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,75 bzB
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	9,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	24,50 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	16,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,90 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	111,60 bz
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	157,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	35,60 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	35,50 G
Hannover-Altenb.	0	—	5	23,50 G
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	20,50 bz
Märkisch-Posener	3¾	—	5	77,90 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,80 bz
do. Lit. C.	5	5	5	99,25 bz
Ostpr. Südbahn	5	—	5	85,50 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	106,75 bz
Rumänier.	8	—	8	72,50 bzG
Saal-Bahn.	0	—	5	15,50 G
Weimar-Gera.	0	—	5	15,50 G

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	33,50 G
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10⁷⁄₁₂	8⁴⁄₁₅	4	145,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	66,80 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6⅓	6	4	82,00 G
Braunschw. Bank.	5	3	4	80,25 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	59,25 B
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	70,00 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	70,25 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,25 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	108,00 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,00 bzG
Deutsche Bank	6	6	4	91,50 G
do. Reichsbank	6⅙	6,29	4½	154,90 G
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	89,40 B
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	117,00 bz
do. ult.	4	—	4	116,25-17,00
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	87,00 B
do. junge	5½	5½	4	95,00 B
Goth. Grundcredb.	8	8	4	132,25 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10⁵⁄₉	4	122,25 G
Hannov. Bank	5¹⁴⁄₁₅	6	4	100,80 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	83,25 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	47,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	103,80 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	97,50 bzG
Magdeburger do.	6	5⁹⁄₁₀	4	105,75 bz
Meininger do.	2	—	4	73,75 bzG
Nordd. Bank	8	8½	4	135,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	71,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	59,50 bzB
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅓	4	385-88½
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	102,00 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	95,95 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,90 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,50 bzG
Schl. Bank-Verein	5	5	4	79,40 G
Thüringer Bank.	0	—	4	74,00 bz
Weimar. Bank	0	—	4	38,00 bzG
Wiener Unionsbk.	11¹⁄₁₄	3½	4	105,00 bzG

In Liquidation.

Berliner Bank.	—	—	fr.	7,50 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,50 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	17,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	104,75 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	52,50 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	629 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	4,90 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	0	—	4	68,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	13,00 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	48,00 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅔	8	4	93,25 bz
Schles. Feuervers.	18	25	4	765 bzG
Donnersmarkhütt.	3	—	4	22,50 G
Dortm. Union	0	—	4	6,40 bzB
Königs- u. Laurah.	2	—	4	73,25 bzG
Lauchhammer.	0	—	4	17,75 B
Marienhütte	6	—	4	52,50 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	2,03 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	5,25 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	83,75 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	30,00 B
Vorwärtshütte.	0		4	— —
Baltischer Lloyd.	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	45,50 G
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	47,00 G
Erdm. Spinnerei.	0	—	4	11,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,25 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	17,25 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	31,10 G
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	54 bz
do. Porzellan	6	1½	4	35,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Berlin, 26. März. [Börse.] Die Börse hatte heute wieder eine Wandlung ihrer Tendenz vollzogen und verkehrte in einer recht festen Haltung. Anfänglich hatte der Artikel der „Mornig Post" zwar eine ziemlich intensive Verstimmung hervorgerufen, bald jedoch verschwand diese mehr und mehr und als Londoner Depeschen die dortige Börse als ruhig bezeichneten aber zum Theil höhere Course meldeten, verflog auch hier der letzte Hauch der vorherigen Mattheit. Die Börse blickt vertrauensvoll in die Zukunft und hofft, daß das Drei-Kaiser-Bündniß auch jetzt noch sich als stark genug erweisen werde, um einen etwaigen Krieg zwischen England und Rußland schon im Keime zu ersticken. Zu den steigenden Coursen, die die Folge dieser beruhigteren Anschauung waren, belebte sich auch der Verkehr. Die andauernde Kauflust ließ die Course mit ihrem höchsten Stande schließen. Die Ultimoliquidation vollzieht sich glatt und leicht, Geld ist sehr flüssig und stellt sich für Ultimozwecke im Allgemeinen auf 3½%. Ebenso stellten sich die Prolongationssätze sehr niedrig. Es bedangen Franzosen einen Report von 0,10 M.—0,00. Deport berechnete sich für Lombarden M. 0,80—0,90, Credit 0,10—0,15, Disc.-Commandit glatt mit Courtage, 77er Russen 0,25—0,30%, do. 71/72 0,25%, Italiener 0,20—0,22½, Oesterr. Goldrente 0,22½%, do. Silberrente 0,05—0,10%, do. Papierrente 0,20%, Ungar. Gold 0,27½. Russ. Noten bedangen 0,60 pCt. Rep. Die internationalen Speculationspapiere hatten mit größeren Courseinbußen eröffnet, schlugen jedoch bald steigende Coursbewegung ein und erreichten die gestrigen Schlußnotirungen. Oesterreichische Creditactien gingen ziemlich lebhaft um, auch fanden Franzosen gute Beachtung. Lombarden fast ganz geschäftslos. Die Oesterreichischen Nebenbahnen betheiligten sich nur wenig am Verkehr und trugen auch meist eine matte Haltung, erst zum Schluß trat eine geringe Besserung ein. Galizier und Pardubitzer niedriger. Sehr still verhielten sich auch die localen Speculationseffecten, dieselben vermochten sich aber ziemlich unverändert auf ihrem bisherigen Coursniveau zu behaupten. Disconto-Commandit-Antheile nicht ganz unbelebt. Es notirten dieselben per ult. 116,50—117, Laurahütte per ult. 73—73½. Mit niedrigeren Coursen einsetzend besserten auch die auswärtigen Staatsanleihen bald die Tendenz, besonders zeigten sich Russ. Anleihen fest, obschon sie die gestrigen Notiruugen nicht behaupteten, 5proc. Anleihe per ult. 81¾—⅝—82, Russische Noten per ultimo 210—211¾, per ultimo April 210½—212¼. Preußische und andere deutsche Staats-Papiere unverändert still. Eisenbahn-Prioritäten fest. Braunschweiger und Görlitzer höher und beliebt. Nur Russische Prioritäten schwächer. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte zeigte sich mit zunehmender Festigkeit auch regere Kauflust. Anhalter wurden zu höherem Course sehr lebhaft gehandelt. Potsdamer, Halberstädter und Stettiner vernachlässigt, letztere auch niedriger. Thüringer Lit. C. ziemlich lebhaft. Görlitzer steigend. Von leichten Bahnen Berlin-Dresdener, Brest-Grajewo, Ostpreuß. Südbahn in einigem Verkehr. Bank-Actien sehr still. Gothaer Grundcredit belebt und höher, auch Norddeutsche Grundcredit besserte die Notiz, Leipziger Creditbank steigend, Deutsche Bank ging verhältnißmäßig rege um und blieb zu höherem Course gesucht, Sächsische Bank matter. Industriepapiere fanden nur wenig Beachtung. Böhmisches Brauhaus besser, Greppiner Werke zogen etwas an. Montanwerthe ziemlich fest. Gelsenkirchen besserte die Notiz, Wilhelmine Victoria höher, Braunschweiger Kohlen und Dortmunder gedrückt, Hibernia matt, Marienhütte niedriger, Bergisch-Märkische matt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 390, Lombarden 122, Franzosen 430, Reichsbank 154,90, Disconto-Commandit 117, Laurahütte 73,50, Italiener 72,40, Oesterr. Goldrente 61,90, do. Silberrente 55,25, do. Papierrente 51,90, 5proc. Russen 82,10, Köln-Mindener 95, Rheinische 106,50, Bergische 74,25, Rumänen 24,50, Russ. Noten —.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,17 bez., do. Papier-Cp. 4,07 bez., Oesterr. Silb.-Rent.-Cp. 177,50, per April — bez., do. Eisenb.-Cp. 177 bez., per April — bez., do. Papier-Rent.-Cp. 168,70 bez., Russische Cp. —, — bez., Russ.-Engl. Anl.-Cp. 20,46 bez., Franz. Cp. 81,10—81 bez., Diverse engl. 20,19—20,07 bez., Rum. Cp. —,— bez.

Berlin, 26. März. [Producten-Bericht.] Es schneit seit heute Nacht ziemlich ununterbrochen, aber die Temperatur sorgt dafür, daß der Schnee sich nicht hält. Unser Markt eröffnete mit etwas ungestümer Kauflust für Roggen auf Termine, die dadurch gesteigerten Preise riefen aber starkes Angebot hervor, so daß die Haltung bald ganz entschieden erschlaffte. Der Markt schloß aber von Neuem ziemlich fest, ungefähr wie gestern. Für Waare hat man etwas bessere Preise erzielt. — Roggenmehl fester. — Weizen folgte den Bewegungen im Roggenmarkt und schließt nach mäßigem Handel etwas höher als gestern, ziemlich fest. — Hafer loco ohne Aenderung. Termine hat man vergeblich höher gehalten. — Rüböl fest und besser bezahlt, Verkäufer machten sich knapp. — Petroleum leblos. — Spiritus fest eröffnend, ist in Folge wenig vermehrter Anerbietungen entschieden ermattet.

Weizen loco 180—225 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ab Bahn bez., defect. gelber galiz. — M., gelber russischer 203 M., ordinär. russ. — M. ab Bahn bez., per April-Mai 207½—206 bis 207 Mark bez., per Mai-Juni 209½—208½—209 M. bez., per Juni-Juli 212—211—211½ M., bez., per Juli-August 212—211½ M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 138 bis 150 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feuchter russ. — Mark bez., russ. 138—142 M. bez., feiner russischer — Mark bez., inländischer 142—148 M., weißer inländischer — M. ab Bahn bez., per Frühjahr 152—152½ bis 150½—151 M. bez., per Mai-Juni 148—148½—147—147½ Mark bez., per Juni-Juli 148—148½—147 Mark bez., per Juli-August 148 bis 148½—147 M. bez. Gek. 1000 Centner. Kündigungspreis 151 M. — Mais per 1000 Kilo loco alter 134 bis 144 M. nach Qualität bez., rumänischer und bessarabischer 134—141 M., defect. — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 95 bis 165 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 120—142 M. bez., russischer 110—142 M. bez., pommerscher 130—140 M. bez., schlesischer 130—142 M. bez., böhmischer 130 bis 142 M. bez., feiner weißer russischer 145—150 M. ab Bahn bez., per Frühjahr 139—138½ M. bez., per Mai-Juni 141 M. bez., per Juni-Juli 144½ Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per März 19,85 Mark bez., per März-April 19,85 Mark bez., per April-Mai 20—19,95—20,05 Mark bez., per Mai-Juni 20,20—20,15 Mark bez., per Juni-Juli 20,30 M. bez., per Juli-August 20,40 Mark bez. Gekünd. — Centner. Kündigungspreis — M. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 68,2 M. bez., mit Faß — M. bez., per März 68,2 M. bez., per März-April 68,2 M. bez., per April-Mai 67,8—67,9 M. bez., per Mai-Juni 68 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 66,1 M. bez. Gekünd. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24 Mark bez., per März 23,8 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai — M. bez., per Mai-Juni — M. bez., per September-October 25,5—25,4 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 52,2 M. bez., per März 52—51,6 M. bez., per März-April 52—51,6 M. bez., per April-Mai 52—51,6 M. bez., per Mai-Juni 52,4—52 M. bez., per Juni-Juli 53,3—53 M. bez., per Juli-August 54,3—54 Mark bez., per August-September 54,8—54,5 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 27. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei schwächerem Angebot Preise unverändert.

Weizen, feine Qualitäten gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,90 bis 19,40—20,80 Mark, gelber 17,60—18,60 bis 20,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Stimmung, pr. 100 Kilogr. 12,60 bis 13,70—14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,80—12,80 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen matter, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,40—10,60—11,50 Mark, blaue 9,10—10,10—10,50 Mark.

Wicken vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,40—12,40 Mark.

Oelsaaten sehr fest.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 32—42—47 bis 52 Mark, — weißer matter, pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 17—19,50—21,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Hausbacken 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,00—8,75 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 26. 27.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 1°,9	+ 0°,9	— 0°,9
Luftdruck bei 0°	329''',88	330''',85	331''',60
Dunstdruck	2''',11	1''',75	1''',65
Dunstsättigung	89 pCt.	81 pCt.	90 pCt.
Wind	SO. 0.	W. 1.	NW. 1.
Wetter	heiter.	bedeckt.	trübe, Reif.

Breslau, 27. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 74 Cm. U.-P. 1 M. 72 Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 27. März. Die Nationalliberalen beschlossen in der gestern Abend stattgehabten Fractionssitzung betreffs des Nachtragsetats fast einstimmig, den für den Ministervicepräsidenten geforderten Gehalt zu genehmigen, die Schaffung eines besonderen Eisenbahnministeriums aber abzulehnen. Betreffs der Abtrennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium beschloß die Fraction mit Stimmenmehrheit, zwar ebenfalls die Ablehnung, anerkannte aber ausdrücklich, die Frage nicht als Parteifrage zu behandeln, sondern jedem Mitgliede die Freiheit des Votums zu wahren. — Der „Nationalztg." zufolge circulirte in der Fractions-Sitzung das Gerücht, die Ernennung Hobrechts zum Finanzminister sei officiell erfolgt, die Entlassung Achenbachs angenommen und die Ernennung Maybachs zu dessen Nachfolger vollzogen.

Wien, 26. März. Ueber die vorgestrige geheime Sitzung der vereinigten rumänischen Kammern wird der „Polit. Corresp." gemeldet, der Minister des Auswärtigen, Cogalniceanu, habe in derselben einen Bericht des rumänischen Agenten in Petersburg, Generals Ghika, verlesen, nach welchem Fürst Gortschakoff demselben erklärte, daß der Kaiser Alexander die Verweigerung Bessarabiens als eine persönliche Beleidigung betrachte. In Folge des tiefen Eindrucks dieser Erklärung sei für gestern Abend eine abermalige geheime Sitzung der Kammern anberaumt worden.

Rom, 26. März. Kammersitzung. Zur Vorlesung gelangen die Antwortadresse auf die Thronrede und die Antworten auf die Beileidsbezeigungen verschiedener europäischer Parlamente gelegentlich des Todes Victor Emanuels. Cairoli verliest die Decrete betreffs der Demission des früheren und der Ernennung des gegenwärtigen Cabinets, hinzufügend, Corti sei heute zum Minister des Aeußern ernannt worden. Cairoli kündigt in längerer Rede die in dieser Session vorzulegenden Gesetzentwürfe an und erklärt, das Ministerium werde das Verfassungsstatut intact erhalten und alle einschränkenden und willkürlichen Auslegungen vermeiden. Italien befinde sich in freundschaftlichen Verhältnissen zu allen Mächten, es wird die Neutralität aufrecht erhalten, weil es die Wohlthaten des Friedens wünscht, jedoch unter allen Umständen seine Würde und seine Interessen zu vertheidigen wissen. Das Ministerium hält die zur Vervollständigung der Armee-Organisation getroffenen Maßnahmen nicht für unnütz. In der Eisenbahnfrage wird eine parlamentarische Enquête-Commission eingesetzt werden; Gesetzentwürfe betreffs des provisorischen Betriebes der oberitalienischen Eisenbahnen und betreffs der Neubauten werden vorgelegt werden; betreffs der Vorsorge für die Ausgaben wird das Ministerium die vom früheren Cabinete beantragten Maßnahmen adoptiren, ohne zu außerordentlichen Mitteln zu greifen. Bezüglich der Steuern wird sich die Regierung darauf beschränken, die Herabsetzung einiger besonders drückender Abgaben zu beantragen. Nachdem Cairoli eine Vorlage besonders der Gesetzentwürfe zu Gunsten der Arbeiter angekündigt, empfiehlt er die Beschleunigung der Berathung des Communal- und Provinzial-Wahlgesetzes und kündigt schließlich einen Gesetzentwurf an, betreffs der Aufhebung des Ackerbau- und Handelsministeriums. Die Rede wurde wiederholt von Beifall unterbrochen. Im Senate gab Cairoli dieselben Erklärungen ab und wurde von zahlreichen Senatoren beglückwünscht.

Paris, 26. März. Dem „Soir" zufolge beschloß der heutige Ministerrath aufs Neue, stricte Neutralität zu bewahren, nur dann am Congreß theilzunehmen, wenn alle Garantiemächte darauf vertreten sind, und diese Haltung zu bewahren, trotz aller Verführungen oder Drohungen. — Der „Temps" meint: Das Zustandekommen des Congresses sei in Folge der Weigerung Englands gescheitert. Der „Temps" fügt hinzu, Frankreich erklärte vom ersten Tage an, es würde nicht am Congresse theilnehmen, sofern nicht alle Signatarmächte darauf vertreten sind. Dem „Temps" zufolge verlangte England ausdrücklich, daß das Congreßprogramm schriftlich aufgesetzt und der Genehmigung der Großmächte vor dem Congreß unterbreitet werde.

London, 26. März. Unterhaus. Schatzkanzler Northcote erklärte auf eine Anfrage Simon's, die Regierung werde ihren Einfluß aufbieten, um allen Confessionen in Rumänien und Serbien gleiche Berechtigung zu verschaffen. — Der Staatssecretär des Krieges, Hardy, erwiderte dem Deputirten Bowyer, es sei richtig, daß 4 Hunderttonskanonen angekauft seien; es gäbe bis jetzt keine Panzerschiffe, welche 35- und 38-Tons-Kanonen widerstehen können; solche würden jedoch im Auslande gebaut. Die Anfertigung einer Zweihunderttonskanone sei nicht beabsichtigt.

Newyork, 26. März. Der Dampfer „The Queen" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 26. März. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Wien: In hiesigen diplomatischen Kreisen hält man eine friedliche Beilegung des russisch-englischen Zwistes kaum für möglich. Die besondere Mission der Prinzen von Hessen und Oldenburg scheint hier den Entschluß befestigt zu haben, keine antirussische Politik zuzugeben.

London, 26. März. Die englische Regierung hat den Vicekönig von Indien telegraphisch beauftragt, mit Aufbietung aller Kräfte, so schnell wie möglich, 200,000 Mohamedaner einzuberufen.

Petersburg, 25. März. Das Finanzministerium hat das Project eines neuen Zolltarifs für Eisen, Stahl, einige Metallfabrikate und Waggons ausgearbeitet. Der Zoll für das Pud Eisen in Bruch und Schienen soll auf 20 Kopeken, Sorten-Eisen auf 35 Kopeken, Platten-Eisen auf 50 Kopeken pro Pud festgesetzt werden. Der Zoll für Stahl wird ermäßigt und mit dem für Eisen gleichgestellt: für Bruchstahl 20 Kopeken, für Stangenstahl 35 Kopeken, für Stahlschienen 45 Kopeken, für Platten-Stahl 50 Kopeken pro Pud. Dagegen protestirten einige russische Stahlfabrikanten und petitionirten um Belassung des früheren Zolles (45 Kopeken pro Pud Stahlschienen und 80 Kopeken pro Pud übrigen Stahls).



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.